

Die amerikanische Außenpolitik nach dem Regierungswechsel

Zweiter Teil

Die Verteidigung Europas und der freien Welt

Von Hermann Volle

Der erste Teil dieses Beitrages (vgl. Europa-Archiv 4/1953, S. 5493—5502) hat sich mit dem außenpolitischen Inhalt der Kongreßbotschaften *Trumans* und *Eisenhowers* befaßt. Während die State of the Union-Botschaft *Eisenhowers* in programmatischer Form die allgemeinen Richtlinien der künftigen amerikanischen Außenpolitik festlegte, hat Außenminister *Dulles* nun diese Außenpolitik näher definiert. Inzwischen ist auch die erste außenpolitische Aktion der neuen Regierung erfolgt: die Reise des amerikanischen Außenministers und des Leiters des Amtes für gemeinsame Sicherheit nach Europa.

Es ist bemerkenswert, daß diese erste Aktion Europa galt und nicht Asien, wie nach den Äußerungen von *Dulles* während des Wahlkampfes zu erwarten gewesen wäre. *Dulles* hat seinen Plan, Asien zu besuchen, zurückgestellt, um sich zunächst mit dem dringenden Problem der europäischen Einigung zu befassen, insbesondere der Frage der gemeinsamen Verteidigung Europas unter Einbeziehung Deutschlands.

Das Programm des neuen amerikanischen Außenministers

Die Politik des „enlightened self-interest“

Mit seiner ersten amtlichen Erklärung vom 27. Januar 1953 legte Außenminister *Dulles* der Welt das Konzept seiner künftigen Politik vor¹. *Dulles* gab bekannt, daß die Vereinigten Staaten eine Außenpolitik „des vernünftigen Selbstinteresses verfolgen werden, die sich auf die Grundsätze der Offenheit, Einfachheit und Rechtschaffenheit stützt“. Eines der Hauptziele der amerikanischen Außenpolitik werde sein, den Krieg niemals zum Mittel der Politik zu machen. Andererseits würden sich aber die Vereinigten Staaten niemals einschüchtern, unterdrücken oder besiegen lassen. Das andere Ziel der amerikanischen Außenpolitik müsse darin bestehen, bei anderen Völkern eine solche Achtung vor der Freiheit zu erwecken, daß sie von der totalitären Diktatur der kommunistischen Welt niemals wirklich durchdrungen werden können. Es ist vielleicht bemerkenswert, daß *Dulles* in seiner Erklärung nicht wie in früheren Reden von der Befreiung der unterdrückten Völker sprach und damit nicht auf die während des Wahlkampfes viel umstrittene Frage „Befreiungspolitik oder Politik der Eindämmung“ einging. *Dulles* rief den unter kommunistischer Herrschaft stehenden Völkern jedoch zu: „Ihr könnt euch auf uns verlassen.“ Zusammen mit den anderen freien Völkern der Welt

würden die Vereinigten Staaten einen ehrenhaften Frieden mit friedlichen Mitteln erreichen. Der Außenminister machte das amerikanische Volk darauf aufmerksam, daß es in der Welt 800 Millionen Kommunisten gäbe, die als erklärte Feinde der Vereinigten Staaten deren Vernichtung planten. *Dulles* bezeichnete die kommunistische Bedrohung der Einkreisung als todernst. Die Vereinigten Staaten befänden sich in größter Gefahr. Würden die Vereinigten Staaten dieser Gefahr allein gegenüberstehen, so befänden sie sich erheblich im Nachteil. Die Gründe des vernünftigen Selbstinteresses verlangten daher, daß die Vereinigten Staaten Freunde und Verbündete in der Welt haben müssen. *Dulles* sprach damit aus, was auch sein Vorgänger, *Acheson*, in den vergangenen Jahren immer wieder betont hatte.

Nach der Behandlung von Asien, Europa und Afrika lenkte *Dulles* dann die Aufmerksamkeit auf die eigene Hemisphäre, wo er insbesondere auf die drohenden Gefahren des Kommunismus und Faschismus in Südamerika hinwies. Endlich bat er um die Unterstützung und das Vertrauen des amerikanischen Volkes und des Kongresses, ohne auf die Frage einer gemeinsamen überparteilichen Außenpolitik der beiden Parteien einzugehen.

Die Informationsreise von Außenminister Dulles und dem Leiter der MSA, Harold Stassen, nach Europa

Zweck und Ziel der Reise

Am 13. Januar 1953, eine Woche vor dem offiziellen Regierungswechsel, hielt der neue Präsident der Vereinigten Staaten, Dwight D. Eisenhower, mit seinen künftigen Kabinettsmitgliedern in New York eine Konferenz ab, bei der unter anderem beschlossen wurde, daß Außenminister John Foster Dulles und der Leiter des Amtes für gemeinsame Sicherheit (MSA), Harold E. Stassen, Ende Januar nach Europa reisen sollten, um „Informationen über die politischen Strömungen in Europa in bezug auf die Teilnahme der Vereinigten Staaten an der Nordatlantikpakt-Organisation und auf dem Gebiet der Wirtschaftshilfe“ zu sammeln².

Ueber das Ziel dieser Reise äußerte sich Außenminister Dulles in seiner Erklärung³ am 27. Januar 1953 wie folgt: „Wir wollen uns an Ort und Stelle über die Lage informieren und feststellen, ob die Tendenz zur Einheit im Ansteigen oder im Abklingen ist.“ Dulles betonte, daß er und Stassen auf der Reise keinerlei Verpflichtungen irgendwelcher Art eingehen würden.

Dulles machte dann die in Europa so stark beachtete Äußerung, daß, „falls Frankreich, Deutschland und England ihre eigenen Wege gehen, es sicherlich notwendig werden würde, die amerikanische Außenpolitik gegenüber Westeuropa neu zu überdenken“. Dulles sprach damit aus, was sehr viele Amerikaner und vor allem auch er selbst denken, nämlich daß die amerikanische Europapolitik überprüft werden müsse, wenn es mit der europäischen Einheit nicht vorwärtsgehe. In seinem im Jahre 1950 veröffentlichten Buch „War or Peace“⁴ schrieb Dulles im Zusammenhang mit der amerikanischen Beteiligung an der NATO und den amerikanischen Hilfsmaßnahmen für Europa: „Alles, was wir getan haben, wird umsonst sein, wenn wir die gewonnene Gelegenheit nicht dazu benutzen, in Westeuropa einen größeren Grad an Einheit zu schaffen.“ (S. 212.) „Die Vereinigten Staaten haben jetzt die Gelegenheit, auf friedlichem Wege das zu erreichen, was jeder Staatsmann des Westens, unabhängig davon, welcher Nation oder welcher Partei er angehört, als notwendig anerkennt, was jedoch nicht erreicht werden wird, wenn kein freundlicher, aber fester Druck von außen erfolgt. Die Vereinigten Staaten können und sollten diese Gelegenheit ergreifen und diesen Druck ausüben.“ (S. 214—215.) In diesem Zusammenhang wirft Dulles in seinem Buch der Regierung Trumans vor, daß sie nicht genügend auf die Einigung der westeuropäischen Nationen gedrängt habe. Die in seiner Rede vom 27. Januar erstmals in solcher

Deutlichkeit ausgesprochene Mahnung an Europa spiegelt die von Dulles schon vor einigen Jahren aufgestellten Thesen deutlich wider. Sie hätte daher in Europa eigentlich nicht eine solche Bestürzung hervorrufen sollen.

Daß Dulles in seiner Rede, in der er sich bemühte, die Probleme in ihrem globalen Zusammenhang zu schildern, Asien einen besonderen Platz einräumte, durfte nicht überraschen. Es wäre aber sicherlich falsch, daraus auf ein Desinteressement an Europa zu schließen. Dulles hat schon in früheren Jahren immer wieder betont, daß er die Priorität Europas anerkennt. So schrieb er in seinem bereits zitierten Buch: „Wir haben den Wiederaufbau Westeuropas zu unserem ersten und Hauptziel erklärt, aber es darf nicht allein unsere Gedanken beschäftigen. So schnell wie möglich müssen wir uns anderen Gebieten zuwenden. Um das aber ohne Risiko tun zu können, bedarf es einer verstärkten Einheit in Europa.“ (S. 223.)

Das Echo auf die außenpolitische Erklärung von Dulles

Die Mahnung des amerikanischen Außenministers an Europa, die Einigung zu verwirklichen oder eine Ueberprüfung der Europapolitik der Vereinigten Staaten in Kauf zu nehmen, fand in der Weltöffentlichkeit starke Beachtung. Von der amerikanischen Presse wurde dieser Punkt der Rede mit Beifall aufgenommen. In Europa, insbesondere in Frankreich, fand sich jedoch eine Reihe kritischer Stimmen. Ein Sprecher des französischen Außenministeriums sprach im Zusammenhang mit der von Dulles in seiner Rede erwähnten eventuellen Revision der amerikanischen Auslandhilfe von einem „Ultimatum“ an Frankreich, Großbritannien und die Bundesrepublik. *Le Monde* vom 29. Januar 1953 ging in ihrem Leitartikel noch weiter und stellte die Frage: „Werden die Brutalitäten von Herrn Dulles zu den gewünschten Ergebnissen führen?“ Das Blatt schrieb dann: „Zum ersten Male wurde öffentlich auf die Möglichkeit eines Scheiterns der europäischen Armee und eine Aenderung der amerikanischen Außenpolitik angespielt... Es ist danach leicht vorauszusehen, welches Thema der amerikanische Außenminister bei seiner Europareise in den Konferenzen anschneiden wird. In Paris und Bonn wird er sagen: Der Vertrag ist schnellstens zu ratifizieren, sonst...! und in London: Es kann nicht geduldet werden, daß an eurem hartnäckigen Abseitsstehen letztlich die europäische Einheit scheitert.“

Der Leitartikel der *Le Monde* wies ferner darauf hin, daß es nicht Frankreich sei, das die Wiederbewaffnung Deutschlands wünsche, sondern die Ver-

einigten Staaten. *L'Aurore* machte darauf aufmerksam, daß Frankreich unter den gegenwärtigen Umständen nicht in der Lage sei, gleichzeitig den Forderungen der Verteidigung Europas und des Krieges in Indochina nachzukommen, ohne sich einer wirtschaftlichen Katastrophe auszusetzen, die nur dem Kommunismus dienlich sein könne. Es sei nunmehr an Washington, dies zu begreifen. *Combat* schrieb, Dulles fordere von Frankreich alles, er selbst habe aber nichts zu geben und komme mit leeren Taschen nach Europa.

Getreu seiner Tradition war das Foreign Office in seinen Äußerungen über die Dulles-Rede wesentlich zurückhaltender. Die britische Presse gab jedoch zu verstehen, daß man den Ton, in dem die Rede gehalten war, nicht billigte. Großbritannien sei das letzte Land, das die erhobenen Beschuldigungen verdiene.

In Regierungskreisen der Bundesrepublik und Italiens wurden die Forderungen des amerikanischen Außenministers nach einer engeren Zusammenarbeit vollkommen geteilt.

Abreise nach Europa

Am 30. Januar 1953 begaben sich Stassen und Dulles auf dem Luftwege nach Europa. Vor dem Abflug fand noch ein letztes Gespräch mit Präsident Eisenhower statt. Im Anschluß daran wurde eine Erklärung des amerikanischen Außenministers veröffentlicht, die offenbar die in Europa durch seine Rede hervorgerufene Mißstimmung aus dem Wege räumen sollte:

„Während unserer Reise werden wir die sechs Länder besuchen, die eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft planen, nämlich Italien, Frankreich, Deutschland, die Niederlande, Belgien und Luxemburg und auch das Vereinigte Königreich, das mit diesem Projekt eng assoziiert ist.

Wir sehen dem Zusammentreffen mit den Regierungsvertretern in diesen Ländern mit großem Interesse entgegen. Wir sind interessiert, über die letzten Entwicklungen bezüglich der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft zu hören, die von den Europäern selbst mit großem Mut und großer Vorstellungskraft entwickelt wurde, als ein Schritt zu der Einheit, die alle als notwendig betrachten.“

Wesentlich deutlicher äußerte sich die *New York Times* vom 31. Januar über den Zweck der Reise, indem sie schrieb, es werde die Aufgabe von Dulles sein, den europäischen Alliierten der Vereinigten Staaten zu verstehen zu geben, daß es sowohl der Kongreß als auch die Regierung Eisenhowers sein werden, die auf greifbaren Ergebnissen bestehen, und daß es der Kongreß sei, der bestimme, ob die militärische und andere Hilfe in gleichem Maße fortgesetzt oder eingeschränkt werde.

Der Besuch in Rom

Das zentrale Thema der Besprechungen in Rom war — wie in allen besuchten Ländern — die europäische Einheit und die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Das Communiqué besagt, daß die amerikanischen Staatsmänner Auskunft über die italienischen Verhältnisse und die Ziele der italienischen Politik erhielten. Außenminister Dulles zeigte sich beeindruckt durch die Hingabe, mit der *de Gasperi* die Hauptziele der italienischen Politik, die Sicherung des Friedens, die Sicherheit und die soziale Wohlfahrt, im Rahmen eines einheitlichen Westeuropas verfolgt. Dulles erklärte zum Abschluß seines Besuches: „Ich verlasse Rom mit einem ermutigenden Eindruck und werde demgemäß Präsident Eisenhower unterrichten.“

Wie die *Times* berichtet, soll *de Gasperi* Dulles erklärt haben, daß Italien so lange nicht fähig sei, sein volles Gewicht für die Einigung und Verteidigung Europas einzusetzen, als die Triester Frage unerledigt sei. Er habe auch Dulles im Zusammenhang mit dem geplanten Balkanpakt davon zu überzeugen versucht, daß Italien und nicht Jugoslawien der Eckpfeiler für die Verteidigung Südosteuropas sei und daß daher die Rüstungshilfe für Italien jener für Jugoslawien vorausgehen müsse.

Während des Aufenthaltes in Rom hatte Dulles Gelegenheit, mit der unter dem Vorsitz von Heinrich von Brentano tagenden Arbeitsgruppe des Verfassungsausschusses der ad hoc-Versammlung des Parlamentes der Montanunion Kontakt aufzunehmen. Dulles wurde bei dieser Gelegenheit versichert, die Sache Europas werde in den nächsten Monaten entscheidende Fortschritte erzielen.

Der Besuch in Paris

Zu dem Besuch von Dulles und Stassen schrieb *Le Monde* in einem Leitartikel unter der Überschrift: „Zwei Amerikaner in Paris“, man müsse sich fragen, welches Gesicht Foster Dulles bei seinem Besuch in Paris tragen werde. Ob man den Rechtsanwalt, den realistischen Geschäftsmann, den Idealisten, den Präsidenten des Federal Council of Churches, den Christen mit der Bibel erwarte oder den Mann der starken Politik, der in seiner ersten amtlichen Rede mit der Faust auf den Tisch schlägt, oder den höflichen Diplomaten, der die Kunst des Kompromisses beherrscht. Die Rede vom 27. Januar scheine aber zu bestätigen, daß man in Paris denjenigen empfangen werde, der in seinem Buch „Krieg oder Friede“ geschrieben habe: „Die Einheit Westeuropas kann in naher Zukunft nicht verwirklicht werden. Vor allen Dingen dann nicht, wenn wir nicht einen starken Druck ausüben.“

Am 1. Februar trafen Dulles und Stassen in Paris ein. In einer Presseerklärung unternahm Dulles den Versuch, den Schock zu beseitigen, der durch seine

Rede besonders in Frankreich hervorgerufen worden war. Er sagte, er sei in erster Linie nach Paris gekommen, um zuzuhören und zu lernen, und er werde das im Geiste der Sympathie für Frankreich tun. Er erinnerte daran, daß es Frankreich war, das so konstruktive und weitsichtige Projekte wie die Montanunion und die Europäische Verteidigungsgemeinschaft in die Wege geleitet habe. Dieses „schöpferische Denken und Planen“ habe im amerikanischen Volke Fuß gefaßt, und deshalb wolle man mehr über die französischen Pläne und Ziele für die Zukunft wissen, damit sie in der amerikanischen Planung berücksichtigt werden könnten. „Präsident Eisenhower will ganz sicher gehen, daß seine Regierung von Anfang an die Ansichten Frankreichs in Betracht zieht. Die Vereinigten Staaten betrachten Frankreich als bedeutenden Alliierten.“

Dulles und Stassen wurden während ihres Aufenthaltes in Paris von der amerikanischen Botschaft, der MSA, SHAPE, NATO, OEEC und der französischen Regierung unterrichtet.

Ueber die Besprechungen wurde bekannt, daß Außenminister *Bidault* die Position der französischen Regierung hinsichtlich der grundsätzlichen Fragen definiert habe⁵. *Bidault* habe insbesondere die Probleme behandelt, die sich auf die Verteidigung Europas beziehen, und zwar sowohl im Rahmen der NATO als auch des Vertrages über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. *Bidault* betonte, daß die Politik der französischen Regierung daran festhalte, den Aufbau Europas fortzusetzen, wofür Frankreich seinerzeit die Initiative ergriffen habe. Ministerpräsident *René Mayer* lenkte die Aufmerksamkeit von Dulles und Stassen auf die Rückwirkungen der Verteidigungsanstrengungen in wirtschaftlicher, finanzieller und sozialer Beziehung. Er wies vor allem darauf hin, daß Frankreich einer größeren Hilfe für die im gemeinsamen Interesse der freien Welt übernommene Mission in Indochina bedürfe, wenn es diese zu einem guten Ende führen solle.

Wie die *New York Herald Tribune* ergänzend berichtete, soll Frankreich eine langfristige Garantie für eine zusätzliche amerikanische Hilfe von 540 Millionen Dollar jährlich verlangt haben. Auf diese Weise würde Frankreich in der Lage sein, die Zahl der aktiven Divisionen von 12 auf 18 zu erhöhen und zusätzlich 22 Reservedivisionen aufzustellen.

Aktuelle Probleme der europäischen Verteidigung wurden von Dulles und Stassen mit General *Ridgway* und Marschall *Juin* erörtert.

Dulles und Stassen nahmen ferner noch an einer Sitzung des Ständigen Rates der NATO teil, bei der beschlossen wurde, die nächste Tagung des Atlantikrates auf den 23. April 1953 anzusetzen. Schon am Tage vorher hatte Dulles seinen französischen Gesprächspartnern erklärt, daß Europa bis zu diesem Zeitpunkt sehr konkrete Fortschritte in seinen Ver-

teidigungs- und Einigungsbemühungen vorweisen müsse, wenn es auf nennenswerte Auslandhilfe-Bewilligungen des amerikanischen Kongresses rechnen wolle. Dulles erklärte abschließend, daß die europäische Verteidigungsgemeinschaft „die allein mögliche Formel“ für die Erlangung eines deutschen Verteidigungsbeitrages sei⁶.

Bei den Besprechungen, die Dulles und Stassen mit dem Europäischen Wirtschaftsrat (OEEC) führten, gaben sie die Versicherung ab, daß die Vereinigten Staaten keine wirtschaftlichen oder finanziellen Vereinbarungen mit Großbritannien treffen würden, ohne die OEEC und das Direktorium der Europäischen Zahlungsunion zu konsultieren. Diese Erklärung trug stark dazu bei, die auf dem europäischen Kontinent verbreiteten Befürchtungen zu beschwichtigen, wonach bei den bevorstehenden britisch-amerikanischen Besprechungen in Washington ein Abkommen geschlossen werden könne, das die Konvertierbarkeit zwischen dem Pfund Sterling und dem Dollar wiederherstellen würde.

Der Besuch in London

Der Besuch der beiden amerikanischen Minister in London am 3. Februar 1953 wurde überschattet von dem Bericht, den Präsident *Eisenhower* am Vortage dem 83. Kongreß erstattet hatte. Die Ankündigung, daß die 7. amerikanische Flotte nicht länger als Schild für das kommunistische China dienen werde und daß die Vereinigten Staaten die Geheimabkommen von Jalta und Potsdam widerrufen würden, hatte in Regierungskreisen und in der britischen Öffentlichkeit starkes Aufsehen erregt. Der Verlauf der Besprechungen in London trug aber wesentlich zur Beruhigung der Stimmung bei. So schrieb der Londoner Korrespondent der *Neuen Zürcher Zeitung*: „Der Besuch des amerikanischen Staatssekretärs in London hat beruhigend gewirkt. Der hohe Blutdruck, den seine Radio-Rede und die ersten Formosa-Gerüchte in White Hall und Westminster hervorgerufen hatten, ist wieder annähernd auf normal gesunken, nachdem der Mann, über den man sich aufregte, persönlich erschienen war.“

Eden erläuterte seinem amerikanischen Kollegen nochmals in allen Einzelheiten, daß Großbritannien bereit sei, sich so weit als irgend möglich und durchführbar der EVG anzuschließen, daß es ihm jedoch definitiv nicht möglich sei, der Gemeinschaft als Mitglied beizutreten. Die britische Regierung habe in der Zwischenzeit detaillierte Vorschläge über die engere militärische Verflechtung Großbritanniens mit der EVG ausgearbeitet und diese Vorschläge den EVG-Staaten übermittelt.

Dulles machte seinerseits klar, daß die einzige Rettung Europas in seiner Einigung liege. Stassen erklärte, die Hoffnung auf weitere Hilfe für Europa sei nur dann aussichtsreich, wenn Europa Anzeichen

zu erkennen gäbe, daß es bereit sei, seine eigenen Verpflichtungen durchzuführen⁷.

Bezüglich des Fernen Ostens erläuterte *Eden* dem amerikanischen Außenminister, gegenüber die ernste Sorge Großbritanniens angesichts des amerikanischen Beschlusses, die Neutralisierung von Formosa aufzuheben. Wie verlautet, machte *Eden* darauf aufmerksam, daß Großbritannien sich schwerlich mit einer Aufkündigung des Abkommens von Jalta einverstanden erklären könne. Außenminister *Dulles* verteidigte hingegen den Formosa-Beschluß Präsident *Eisenhowers* mit größtem Nachdruck. Er soll erklärt haben, daß dieser erste wichtige diplomatische Schritt der neuen amerikanischen Regierung viel mehr dazu angetan sei, eine raschere Entscheidung im Korea-Krieg herbeizuführen als, wie man in England befürchte, den Krieg zu verlängern und seinen Schauplatz auszuweiten. Die Vereinigten Staaten beabsichtigten nicht, Nationalchina bei irgendwelchen größeren Operationen gegen das Festland zu unterstützen.

Zum gegenseitigen Verständnis trug auch bei, daß man sich in London Rechenschaft darüber ablegte, daß die Modifizierung der amerikanischen Formosapolitik das Minimum dessen war, was der neue Präsident schon aus innenpolitischen Rücksichten unternehmen mußte. Das gleiche gilt auch für die Ankündigung *Eisenhowers* über die Geheimabmachungen der Kriegszeit. Die *Londoner Times* bemerkte jedoch hierzu, daß man sehr gern genauer wissen möchte, wie die Worte des Präsidenten auszulegen seien.

Das abschließende Kommuniqué betont, daß der Meinungsaustausch nicht den Zweck neuer Abmachungen, sondern den eines vollen Verständnisses für die beiderseitigen Auffassungen von den Weltproblemen hatte.

Der diplomatische Korrespondent der *Times*⁸ faßte die Ergebnisse des Londoner Besuchs zusammen und schrieb, trotz der allgemeinen und wenig aufschlußreichen Formulierung des Kommuniqués scheine doch das Gefühl vorhanden zu sein, daß die Besprechungen „gut und herzlich“ verlaufen seien. Es habe sich bei den Besprechungen um einen ersten „Kontakt“ zwischen britischen Ministern und der neuen amerikanischen Regierung gehandelt. Dieser Kontakt sei vielversprechend für die künftige Zusammenarbeit zwischen den beiden Regierungen.

Die Besprechungen in London sollten jedoch noch ein Nachspiel haben. Das britische Foreign Office sah sich veranlaßt, am 5. Februar Agenturmeldungen zu dementieren, nach denen der amerikanische Außenminister ein „Ultimatum“ von 75 Tagen für den Anschluß Großbritanniens an die europäischen Einigungsbestrebungen gestellt haben soll. Ein Sprecher des Foreign Office erklärte, *Dulles* habe zwar auf eine baldige Verwirklichung der Europäischen Ver-

teidigungsgemeinschaft gedrängt, jedoch sei niemals von einem Ultimatum die Rede gewesen.

Der Besuch in Bonn

Waren die beiden Minister in Paris und London in einer Art von Abwehrstimmung empfangen worden, so fanden sie in Bonn eher offene Türen vor. Von französischer Seite war schon während des Aufenthaltes der amerikanischen Minister in Paris darauf hingewiesen worden⁹, daß *Dulles* bei seinen Besprechungen mit Bundeskanzler *Adenauer* in Bonn wahrscheinlich eine seinem Geschmack mehr zusagende Sprache hören werde als die der französischen Regierung, die ihn auf die Schwierigkeiten der europäischen Einigung hinweisen müsse. *Dulles* werde also in Bonn von *Adenauer* einen ungeheuer günstigen Eindruck erhalten.

Bei seiner Ankunft in Bonn legte *Dulles* in einer Presseerklärung dar, die Staaten, die den Vertrag für die EVG unterzeichnet haben, stünden an der Schwelle einer großen evolutionären Entwicklung, die dadurch gekennzeichnet sei, daß die früheren nationalen Rivalitäten in Europa durch eine Einheit ersetzt würden. Nur auf diesem Wege könnten die früheren Streitigkeiten überwunden werden und könne Europa dazu beitragen, ein Eckpfeiler der atlantischen Gemeinschaft zu werden, die eine Anziehungskraft ausstrahlen und zu einer friedlichen Wiedervereinigung Gesamtdeutschlands führen werde.

Das gedrängte Programm allein, mit nicht weniger als sieben Konferenzen mit der Bundesregierung, der Opposition und amerikanischen Stellen, zeigt schon, daß die Besprechungen kaum den Charakter eingehender Erörterungen und eigentlicher Debatten tragen konnten. Ueber den Inhalt der Besprechungen wurde kein Kommuniqué herausgegeben. Ein amerikanischer Sprecher in Bonn erklärte jedoch, daß *Dulles* aus seinen Besprechungen mit dem Bundeskanzler und anderen führenden deutschen Persönlichkeiten den Eindruck gewonnen habe, der Gedanke der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft finde im deutschen Volk wachsende Unterstützung. *Dulles* habe in seinen Gesprächen noch einmal betont, daß es in erster Linie die Verpflichtung der europäischen Völker sei, selber eine feste europäische Gemeinschaft zu schaffen. Der Sprecher betonte, daß *Dulles* kein Ultimatum für die Verwirklichung der EVG gestellt habe. Er habe jedoch mit allem Ernst darauf hingewiesen, daß die Vereinigten Staaten ihre Auslandhilfe in der jetzigen Form nicht aufrechterhalten könnten, wenn die europäischen Völker in ihren Anstrengungen erlahmten. *Dulles* habe in diesem Zusammenhang die Auffassung Präsident *Eisenhowers* unterstrichen, daß jede Alternative zur EVG auf sehr schwachen Füßen stehe.

Bundeskanzler *Adenauer* gab am 6. Februar vor der deutschen und ausländischen Presse in Bonn eine Erklärung über den Besuch der amerikanischen Minister ab. Er sagte, er sei besonders von der Tatsache beeindruckt, daß Außenminister Dulles in wärmsten Worten von der Notwendigkeit der deutschen Wiedervereinigung gesprochen und das große Interesse unterstrichen habe, das die Vereinigten Staaten an der Wiederherstellung der deutschen Einheit in Frieden und Freiheit nähmen. Auf die Frage eines Korrespondenten, ob Dulles in seiner Presseerklärung mit der Wiedervereinigung Ganzdeutschlands auch die abgetrennten Ostgebiete gemeint habe, verwies der Kanzler auf *Eisenhowers* Botschaft zu den Geheimabkommen und betonte gleichzeitig, daß Außenminister *Eden* in London keinerlei Vorbehalte bezüglich der deutschen Ostgebiete gemacht habe.

Hinsichtlich der Frage, ob die Ratifizierung der Verträge die Wiedervereinigung hemmen könne, erklärte *Adenauer*, daß er auch über diesen Punkt mit Dulles gesprochen habe. Dieser habe dazu erklärt, daß er die Sowjetunion auf Grund seiner früheren diplomatischen Tätigkeit sehr genau kenne. Die Sowjetunion würde das Faustpfand Ostdeutschland um so fester in der Hand behalten, wenn die Bundesrepublik eine schwache und unsichere Haltung einnähme, statt sich zu einer entschieden selbständigen Politik aufzuraffen. Dulles habe seiner Ueberzeugung Ausdruck verliehen, daß die Einigung Europas keine Verschiebung, sondern im Gegenteil nur eine Beschleunigung der Wiedervereinigung zur Folge haben werde. *Adenauer* erklärte weiter, Dulles sei der Auffassung, daß Frankreich die Verträge ratifizieren werde. Bei dem Gespräch über die EVG habe es dem amerikanischen Außenminister völlig fern gelegen, irgendeinen Druck ausüben zu wollen. Wörtlich sagte der Bundeskanzler: „Er hat das ja schließlich bei uns auch nicht nötig, er weiß, wie wir zu den Dingen stehen.“ Hinsichtlich nationaler Armeen habe Dulles erklärt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten solche Armeen ablehne. Ihr liege vor allem daran, daß die europäische Vereinigung erfolge, mit der die Schaffung von Nationalarmeen unvereinbar sei.

Auf dieser Pressekonferenz gab der Bundeskanzler auch den Inhalt eines Schreibens von Präsident *Eisenhower* bekannt, das ihm von John Foster Dulles übergeben worden war. In diesem Schreiben habe *Eisenhower* die Ueberzeugung ausgesprochen, daß mit Hilfe eines deutschen Verteidigungsbeitrages Europa gegenüber einem allfälligen Angriff Sicherheit gewinne und dadurch eine sichere Grundlage für den Frieden und den Fortschritt in der ganzen freien Welt legen könne. Schließlich teilte der Bundeskanzler mit, daß er von Präsident *Eisenhower* zu einem Besuch nach Washington eingeladen sei.

Ueber das Gespräch, das *Dulles* mit den Vertretern der Sozialdemokratie führte, wurde in Kreisen der

amerikanischen Hohen Kommission erklärt, daß Dulles die Argumente der SPD sehr schwach und nicht präzise erschienen seien. Wenn in Kreisen der SPD immer wieder gesagt werde, es sollten keine Verträge geschlossen werden, ehe alle Möglichkeiten der Wiedervereinigung Deutschlands durch Viererkonferenzen erschöpft seien, so habe Dulles darauf hingewiesen, daß die Sowjets die Wiedervereinigung Deutschlands nur im Munde führten, um jeden Fortschritt in einer positiven Richtung zu verhindern. Wie der Korrespondent der *Neuen Zürcher Zeitung*¹⁰ berichtete, waren die Sozialdemokraten von dem Zusammentreffen mit Dulles offensichtlich unbefriedigt, allerdings weniger deswegen, weil Dulles sich nicht in eine Diskussion einließ, als vielmehr deshalb, weil Dulles der Opposition mit aller Deutlichkeit klarmachte, daß seine Regierung die Einigung Europas und die Eingliederung Westdeutschlands im Rahmen der Verträge als den einzig möglichen Weg betrachtet. Ein Sprecher der SPD erklärte nach der Konferenz mit Dulles, daß sich dadurch an der Haltung der Sozialdemokratie nichts geändert habe.

Der Korrespondent der *New York Times*, *Drew Middleton*, meldet¹¹, daß *Dulles* bei seiner Besprechung mit *Ollenhauer* den sozialdemokratischen Vorschlag für ein weiteres und ausgedehnteres europäisches Verteidigungssystem als schwach und ungenau zurückgewiesen habe. Dulles habe *Adenauer* und *Ollenhauer* gegenüber klargemacht, daß die Vereinigten Staaten nicht glaubten, die deutsch-französischen Gegensätze könnten durch irgendein anderes System, auch nicht durch die Zulassung einer deutschen Nationalarmee zum Atlantikpakt, gelöst werden. Ein Ziel der europäischen Armee sei, Frankreich und Deutschland an dieselbe Organisation zu binden, um jede Möglichkeit eines Krieges zwischen ihnen auszuschalten. Dulles habe gesagt, daß, selbst wenn Deutschland eine Nationalarmee an Stelle einer Beteiligung an der EVG erwägen würde, Frankreich mit größter Wahrscheinlichkeit sein Vetorecht gebrauchen würde, um die Bundesrepublik außerhalb des Atlantikpaktes zu halten.

Der gleiche Korrespondent¹² schreibt: „Was immer durch den Besuch von Dulles und Stassen in Bonn erreicht worden ist, es ist klar, daß es nicht gelungen ist, die Unterstützung der Sozialdemokraten für den Vertrag über die EVG zu gewinnen. Aber die Vermehrung des Prestiges der Bundesregierung . . . sollte diesen Fehlschlag mehr als aufwiegen.“

Der Besuch in Den Haag, Brüssel und Luxemburg

Die niederländischen und belgischen Staatsmänner erläuterten den amerikanischen Besuchern ihre Stel-

lungnahme gegenüber der geplanten europäischen Integration. Von belgischer Seite wurde darauf hingewiesen, daß das Ratifizierungsgesetz zum EVG-Vertrag dem Parlament übermittelt wurde und daß die Regierung trotz der verfassungsrechtlichen Bedenken des Staatsrates die Ratifizierung empfohlen habe. Es sei jedoch notwendig, vor der Ratifizierung Klarheit über die französischen Zusatzprotokolle zu besitzen.

Von niederländischer und belgischer Seite wurde insbesondere auf die schweren wirtschaftlichen Rückwirkungen der Ueberschwemmungskatastrophe hingewiesen. Beide Regierungen baten die amerikanischen Minister, sich für eine Vermehrung der off shore-Aufträge der Vereinigten Staaten für Rüstungsmaterial einzusetzen.

Neben ihren Besprechungen mit der Regierung nahmen Dulles und Stassen in Luxemburg Gelegenheit, sich über die Arbeit der Montanunion zu unterrichten. Anläßlich eines Zusammentreffens mit dem Präsidenten, Jean Monnet, und anderen Mitgliedern der Hohen Behörde bezeichnete Dulles die Montanunion als den ersten praktischen Anfang der Vereinigung Europas. Es sei der Wunsch des Präsidenten der Vereinigten Staaten, daß er das amerikanische Interesse an dieser Entwicklung bezeuge ebenso wie an anderen Entwicklungen, die, wie er hoffe, folgen werden.

Dulles und Stassen über das Ergebnis ihrer Europareise

Nach der Rückkehr nach Washington erklärte Außenminister Dulles am 9. Februar 1953, daß das Projekt der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft das Hauptgesprächsthema seiner Europareise gebildet habe. Dieses Projekt sehe den Zusammenschluß des militärischen Potentials von sechs europäischen Staaten einschließlich Frankreichs und Deutschlands, die den Kern Kontinentaleuropas bilden, zu einer einheitlichen Streitmacht vor. Die EVG wolle dort Einheit schaffen, wo in der Vergangenheit die Uneinigkeit verheerend gewirkt habe. Diese gemeinsame kontinentale Streitmacht würde

ihrerseits wieder einen Teil der nordatlantischen Gemeinschaft bilden, die über die EVG-Staaten hinaus nicht nur andere kontinentaleuropäische Länder erfasse, sondern auch Großbritannien, Kanada und die Vereinigten Staaten. Der Gedanke der EVG sei unter anderem entwickelt worden, um Deutschlands wirtschaftliches und militärisches Potential verfügbar zu machen, und dieses, so betonte Dulles, sei für eine wirksame europäische Verteidigung unentbehrlich. „Dies sollte jedoch im Rahmen einer integrierten europäischen Verteidigungsstreitmacht geschehen, die niemals für eine nationale Ausweitungspolitik benutzt werden kann.“

Dulles sagte weiter, man dürfe die Schwierigkeiten, denen die Väter dieses großen Projektes gegenüberstehen, nicht unterschätzen, aber er glaube, daß die verantwortungsbewußte Entschlossenheit vorhanden sei, dieses Vorhaben zu vollenden¹³.

Der Leiter der MSA, Stassen, fügte hinzu, er habe während der Europareise immer wieder zum Ausdruck gebracht, daß das Programm der gemeinsamen Sicherheit unter der Regierung Eisenhower möglichst eng mit der Außenpolitik koordiniert werde.

In einer Rundfunkansprache am 12. Februar 1953 erstattete Dulles dem amerikanischen Volk einen Bericht über seine Europareise. Er stellte dabei fest, daß das Projekt für eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft nicht tot sei, sondern nur schlummere. Er und Stassen hätten in Europa konkrete Versprechungen oder Zusicherungen weder erhalten noch gegeben. Sie seien jedoch mit dem Gefühl zurückgekehrt, daß gute Aussicht auf die Verwirklichung der EVG bestehe.

Dulles sagte, man habe den europäischen Ländern versichert, daß Eisenhower als Präsident das gleiche Interesse an der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Einheit Europas habe wie während seiner Tätigkeit als Oberbefehlshaber von SHAPE. Er glaube auch, daß die Besprechungen in Europa dazu beigetragen hätten, die Befürchtungen zu zerstreuen, daß die Vereinigten Staaten nicht qualifiziert seien, der freien Welt jene Führung zu geben, die sie in diesem kritischen Augenblick brauche.

Frankreichs europäische Mission als Schlüssel zu Dulles' Europapolitik

Dulles' Anteil an der bisherigen Europapolitik

Mit John Foster Dulles ist eine Persönlichkeit zum Außenminister ernannt worden, der mit großer Erfahrung an seine Aufgaben herangehen kann. Er hat alle großen Staatsmänner dieses Jahrhunderts bei ihrer Arbeit beobachten können, angefangen mit denen, die auf der Haager Friedenskonferenz des Jahres 1907 zusammentraten.

In der Nachkriegszeit hat Dulles an allen wichtigen Konferenzen teilgenommen. Er begleitete

Außenminister Byrnes im Dezember 1945 zu der ersten Außenministerkonferenz, wo er maßgeblichen Anteil an der Beendigung der nachgiebigen Politik gegenüber der Sowjetunion hatte. Durch diese Entscheidung ging, wie Dulles in seinem Buch „War or Peace“ (S. 30) schreibt, die Epoche von Teheran, Jalta und Potsdam zu Ende. Dulles nahm auch an der Konferenz der Außenminister im Herbst 1946 in New York teil. Gleichzeitig war er amerikanischer Delegierter bei der Vollversammlung der Vereinten

Nationen. Unter Außenminister *Marshall* nahm er im Frühjahr 1947 an der Außenministerkonferenz in Moskau und im November/Dezember des gleichen Jahres an der Konferenz in London teil. In einem von Dulles für die Moskauer Konferenz vorbereiteten Memorandum über die Situation Europas betont er die Gefahr, die ein von der Sowjetunion politisch durchdrungenes oder von Ost und West unabhängiges Deutschland bedeuten könne. In dem Memorandum forderte er ferner, daß man bei der Regelung der europäischen Fragen vor allem danach streben solle, Westeuropa zu vereinigen und zu stärken.

Die enge Zusammenarbeit zwischen *Dulles* und Außenminister *Marshall* läßt vermuten, daß Dulles an der Konzeption des Marshall-Planes nicht ganz unbeteiligt ist (S. 105). Außer Zweifel steht jedenfalls sein Anteil, den er bei der Bewilligung der Gelder für die ersten Ueberbrückungsmaßnahmen des europäischen Wiederaufbauprogramms hatte (S. 106—107). Ueber das europäische Wiederaufbauprogramm selbst schreibt Dulles: „Es ist ein teures Unternehmen gewesen ... aber die Ergebnisse rechtfertigen den Preis.“ (S. 109.)

Unter Außenminister *Acheson* wohnte Dulles als außenpolitischer Berater der Außenministerkonferenz in Paris im Mai/Juni 1949 bei, in deren Verlauf die Beendigung der Berliner Blockade erwirkt wurde.

Seine Hoffnungen, Außenminister der Vereinigten Staaten zu werden, hatten sich nach dem Fehlschlag im Jahre 1944 auch im Jahre 1948 nicht erfüllt. Der republikanische Präsidentschaftskandidat wurde erneut geschlagen. Dulles, der während des Wahlkampfes an der Vollversammlung der Vereinten Nationen in Paris teilnahm, benutzte die Gelegenheit, um den in Europa aufgekommenen Zweifeln über die amerikanische Außenpolitik nach einem Wahlsieg der Republikaner entgegenzutreten, indem er versicherte, daß die Kontinuität der europäischen Politik der Vereinigten Staaten nicht gefährdet sei.

Während des Wahlkampfes im Jahre 1944 gelang es Dulles durch seine im Auftrag des republikanischen Präsidentschaftskandidaten *Dewey* mit Außenminister *Cordell Hull* geführten Gespräche den Grundstein für eine überparteiliche Politik zu legen. In den folgenden Jahren hat er seine ganze politische Tätigkeit in den Dienst dieser Politik gestellt. Wie stark die amerikanische Politik in ihren bedeutendsten Entscheidungen von den Republikanern mitgetragen wurde, zeigt sich aus dem folgenden Satz, den Dulles in dem Kapitel „Bipartisanship in Foreign Policy“ in seinem bereits mehrfach zitierten Buch schrieb: „Zu keiner Zeit während der seit Beendigung der Kampfhandlungen vergangenen fünf Jahre hätte ein Vertrag ohne die Unterstützung der Republikaner ratifiziert werden können.“ (S. 121.) Dulles bezeichnet die amerikanische Außenpolitik gegenüber Europa in der Nachkriegszeit als das Ergebnis einer engen Zu-

sammenarbeit zwischen Truman, Byrnes und Marshall auf der einen Seite und Dewey, Vandenberg und ihm selbst auf der anderen Seite. Diese Zusammenarbeit habe gute Resultate gezeitigt. Ueberparteilichkeit in außenpolitischen Angelegenheiten habe jedoch ihre Grenzen und Nachteile. In der Zeit von August 1944 bis 1949 habe aber diese Ueberparteilichkeit der Forderung nach Sicherheit und Frieden in den Vereinigten Staaten und in der Welt gedient (S. 137).

Auf Wunsch von Senator *Vandenberg*, dem eigentlichen Exponenten des „Bipartisanship“, wurde Dulles nach dessen Tode der Auftrag zuteil, den Versuch zu unternehmen, die Ueberparteilichkeit in der Außenpolitik fortzuführen. Im Herbst 1950 erhielt er von Präsident *Truman* den Auftrag, den Friedensvertrag mit Japan vorzubereiten und durch die Fährnisse der Verhandlungen mit den Alliierten sowie der Ratifizierung durch den Senat zu leiten. Dieser Aufgabe hat sich Dulles mit großem Geschick unterzogen. In einer Zeit, da die amerikanische Politik im Fernen Osten zum Spielball der Parteipolitik wurde, gelang es ihm, in der Frage des Friedensvertrages mit Japan¹⁴ die Ueberparteilichkeit der Außenpolitik zu bewahren. Als Dulles Ende März 1952 sein Amt als republikanischer Berater Außenminister *Achesons* niederlegte, bereitete er sich zum dritten Male darauf vor, dem republikanischen Präsidentschaftskandidaten als außenpolitischer Ratgeber zu dienen. Das auf dem Parteikongreß in Chicago vorgelegte außenpolitische Programm der republikanischen Partei wurde von ihm entworfen. Durch seine Ernennung zum Außenminister hat er ein lange gehegtes Ziel erreicht.

Das geistig-religiöse Gedankengut in der neuen Außenpolitik

Die Persönlichkeit von Dulles ist aber nicht nur geprägt durch seine politische Laufbahn. Er hat sich als Wirtschaftsjurist in Verbindung mit der Wallstreet-firma Sullivan und Cromwell einen bedeutenden Namen gemacht. Wichtiger aber noch als seine Eigenschaften als Rechtsanwalt und Geschäftsmann scheint das puritanische Erbe, das Dulles von Hause aus — sein Vater war presbyterianischer Pastor und Theologielehrer — mitbringt. Seine rege Anteilnahme an der politischen und gesellschaftlichen Aktivität der amerikanischen protestantischen Kirchen — 1941 wurde er Präsident des Federal Council of Churches — ist bekannt. Wie stark seine politischen Gedanken und Äußerungen auf geistig-religiösen Grundlagen beruhen, zeigt sich in dem Abschnitt seines Buches, das dem Thema „Our Spiritual Need“ gewidmet ist, vor allem aber in einer Rede, die er kurz vor seiner Amtsübernahme am 11. Dezember 1952 vor der Generalversammlung des National Council of Churches of Christ in Denver/Colorado hielt¹⁵. In dieser Rede sagte Dulles:

„Auch unsere Außenpolitik ist vom religiösen Glauben beeinflusst. Unser Volk wünscht, daß seine Regierung in

der internationalen Politik das Rechte unterstütze und dem Unrecht abhelfe. Wegen dieser Einstellung ist unsere Außenpolitik während des großen Teiles der Zeitdauer unserer Geschichte eine offene Außenpolitik gewesen ... Unsere Außenpolitik war unkompliziert ... und aus Begriffen der Moral erwachsen. Heute sind die internationalen Probleme kompliziert. Unsere internationale Verantwortung wurde gleichfalls groß, so daß wir bei der Formulierung unserer Außenpolitik bedachtsam verfahren müssen. Ich glaube aber, daß wir immer noch an der guten amerikanischen Tradition der Offenheit, Einfachheit und Moral in der Außenpolitik festhalten können ... Unsere derzeitigen Fehler haben ihren Grund allein in der Tatsache, daß die an uns gestellten Anforderungen zunächst fast so ausschließlich militärischer, materieller und defensiver Art waren, daß die unentbehrliche Rolle des Geistes darüber vergessen wurde. Was wir brauchen ist eine geistige Wiederbelebung, damit unser Volk die Gerechtigkeit seiner Zielsetzung eindringlich demonstriert — eine Zielsetzung, weltweit in ihrer Anziehungskraft, friedlich in ihren Methoden und stark in der Hingabe ... Unser Volk ist nicht mehr ausreichend von dem rechten und kraftvollen Glauben durchdrungen, der ihm das Gefühl verlieh, daß es zur Erfüllung einer Mission und eines bestimmten Zieles ausersehen sei. Dieses Bewußtsein wieder zu erwecken, ist ein wesentliches Erfordernis.“

Unter Hinweis auf die während des Wahlkampfes gemachten Äußerungen über eine Politik der Befreiung sagte Dulles:

„Mancher wurde von diesem Gedanken geschreckt, weil er glaubte, er bedeute Krieg. Diese Furcht machte es deutlich, bis zu welchem Grade selbst freie Völker sich angewöhnt haben, alles Denken mit der Regierung und militärischen Dingen in Zusammenhang zu bringen. Unsere Nation ist, seit sie besteht, stets für die Freiheit eingetreten. Unsere Unabhängigkeitserklärung bedeutet ... Freiheit, nicht nur für das Volk unseres Landes, sondern Hoffnung für die ganze Welt für alle Zukunft ... Diese Auffassung hat niemals etwas von einem Schrecken an sich gehabt — bis heute.“

Unvermindertes Interesse an Europa

Die Frage, die sich heute in Europa ähnlich wie während des Wahlkampfes 1948 stellt, ist vor allem, ob die Außenpolitik der Vereinigten Staaten unter republikanischer Führung und in den Händen einer so komplexen Persönlichkeit wie John Foster Dulles eine grundlegende Aenderung erfahren oder ob sie gegenüber Europa den bisherigen Kurs einhalten wird.

Was Dulles während seines Aufenthaltes in Europa und nach seiner Rückkehr in den Vereinigten Staaten gesagt hat, weicht im Grunde genommen nicht von der Europapolitik der Regierung Truman-Acheson ab. Außenminister Acheson hat im Verlauf seiner Amtszeit die wirtschaftliche und militärische Unterstützung Europas und dessen Einigung stets mit Nachdruck vertreten. Was die Frage einer europäischen Verteidigung anbetrifft, so hat Acheson klar gemacht, daß man das deutsche Problem nicht von der Frage der europäischen Verteidigung trennen könne. Wenn es

Acheson gelungen ist, in dieser Hinsicht die amerikanische Politik mit der Politik Frankreichs in Einklang zu bringen, so nur deshalb, weil die Vereinigten Staaten die führende Rolle Frankreichs auf dem europäischen Kontinent stets anerkannt haben. Die amerikanische Politik hat nicht nur Verständnis für die wirtschaftlichen und militärischen Probleme Frankreichs in Europa gezeigt, sondern in wachsendem Maße auch für die Verpflichtungen, die Frankreich aus dem Krieg in Indochina erwachsen.

Aus den bisherigen Äußerungen von Dulles läßt sich entnehmen, daß der neue Kurs in allem Wesentlichen der alte — mit neuen Akzenten — geblieben ist. Dieser Kurs zeichnet sich gegenwärtig durch stärkere Initiative und größere Entschlossenheit aus und schließt die Bereitschaft zu größeren Risiken ein.

Der These, die Dulles in seinem Buch darlegte, daß die Einheit Westeuropas nur Wirklichkeit werden könne, wenn die Vereinigten Staaten einen starken Druck auf Europa ausüben, steht die Feststellung Präsident *Eisenhowers* gegenüber, daß es falsch wäre, Europa durch amerikanischen Druck zu einigen, „da die Einheit Westeuropas offensichtlich nicht von außen herbeigeführt werden kann, sondern nur von innen heraus entstehen kann“¹⁶. Es bleibt abzuwarten, welche dieser beiden einander widersprechenden Methoden die Europapolitik der Vereinigten Staaten bestimmen wird. Die Unsicherheit darüber hat an dem empfindlichsten Punkte der amerikanischen Europapolitik, dem Verhältnis zu Frankreich, bereits zu einigen psychologischen Mißgriffen der neuen Regierung geführt.

Das Verhältnis der Vereinigten Staaten zu Frankreich

Als Ergebnis der Europareise kann festgestellt werden, daß die Vereinigten Staaten an dem Zustandekommen der europäischen Einigung, insbesondere auf militärischem Gebiet, stärkstens interessiert sind. Bahnbrechend für das nach neuen Formen suchende Nachkriegseuropa war vor allem Frankreich, das mit dem Schuman-Plan und Plevin-Plan die Initiative ergriff, nachdem sich die Hoffnungen des Kontinents auf eine führende Rolle Großbritanniens als Trugschluß erwiesen hatten. Heute aber, da diese französischen Pläne für die Einigung und Verteidigung Europas in die Wirklichkeit übertragen werden sollen, ist es Frankreich, das plötzlich Angst vor der eigenen Courage zeigt. Der französische Ministerpräsident, René Mayer, hat in seiner Rede in Algerien¹⁷ die Frage gestellt, wer die Verantwortung dafür übernehmen wollte, wenn Frankreich vor den wachsenden und immer zahlreicher werdenden Gefahren alleinstünde ohne Verbündete, die man enttäuscht hätte, ohne eine Armee — weil es allein nicht in der Lage ist, eine ausreichend starke aufzustellen — und ohne andere Ideale als die Vergangenheit. Der französische Ministerpräsident scheint sich demnach im klaren darüber zu sein, welche Folgen ein Scheitern der Be-

mühungen um die europäische Einigung haben würde. Aus seiner Frage klingt die Sorge, ob die Vereinigten Staaten gegebenenfalls ihre Außenpolitik gegenüber Europa revidieren werden. Zunächst hat es den Anschein, als ob der neue amerikanische Außenminister die Hoffnung habe, die in seiner Rede vom 27. Januar 1953 ausgesprochene Drohung nicht verwirklichen zu müssen. Er scheint zunächst noch davon überzeugt, daß die Einigung Europas mit genügend starkem amerikanischen Nachdruck geschaffen werden kann.

Die entscheidende Frage für die amerikanische Außenpolitik gegenüber Europa scheint daher zu lauten: Werden die Vereinigten Staaten, wenn sie von einer nachdrücklichen Politik gegenüber Europa sprechen, diesen Nachdruck auch mit aller Konsequenz Frankreich gegenüber vertreten? Das Verhältnis der Vereinigten Staaten zu Frankreich wird damit zum Kernproblem der Europapolitik von Außenminister Dulles.

Anmerkungen

¹⁾ Außenminister Dulles hielt diese Rede frei, ohne ein Manuskript zu benutzen. Offensichtlich hat aber ein solches Manuskript vorgelegen, denn die von vielen Zeitungen auf Grund von Agenturmeldungen (AP und UP) verbreiteten Zitate aus der Rede stimmen mit dem im *State Department Bulletin* veröffentlichten Text der Rede nicht überein.

²⁾ Vgl. hierzu *New York Herald Tribune* vom 14. Januar 1953.

³⁾ Vgl. hierzu den deutschen Wortlaut auf S. 5528 dieser Folge.

⁴⁾ John Foster Dulles: „War or Peace“. New York: Macmillan 1950.

⁵⁾ Vgl. hierzu das amtliche Communiqué in *Le Monde* vom 3. Februar 1953.

⁶⁾ Vgl. hierzu *Neue Zeitung* vom 4. Februar 1953, S. 3.

⁷⁾ Vgl. hierzu *New York Times* vom 5. Februar 1953.

⁸⁾ Vgl. hierzu *Times* vom 5. Februar 1953, S. 6.

⁹⁾ Vgl. den Leitartikel von *Le Monde* vom 3. Februar 1953.

¹⁰⁾ Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 8. Februar 1953.

¹¹⁾ Vgl. *New York Times* vom 6. Februar 1953.

¹²⁾ Vgl. *New York Times* vom 7. Februar 1953.

¹³⁾ Vgl. den Wortlaut der Erklärung von Dulles in *New York Times* vom 10. Februar 1953.

¹⁴⁾ Vgl. hierzu den Beitrag „Der Friedensvertrag mit Japan“ von Professor Dr. Eberhard Menzel in Europa-Archiv 21, 1952, S. 5261–5266 und 24/1952, S. 5355–5368 sowie den Wortlaut des Friedensvertrages mit Japan in Europa-Archiv 21, 1952, S. 5267–5275.

¹⁵⁾ Vgl. den Text der Rede in „Vital Speeches of the Day“, Vol. XIX No. 6 vom 1. 1. 1953, S. 162–165.

¹⁶⁾ Vgl. den Wortlaut der Erklärung Präsident Eisenhower vom 2. Februar 1953 in Europa-Archiv 4, 1953, S. 5500–5502, insbesondere Punkt 5, Abs. 3 der genannten Erklärung.

¹⁷⁾ Vgl. hierzu *Le Monde* vom 3. März 1953 und *Die Weltwoche* vom 6. März 1953.

Die außenpolitische Erklärung von Außenminister John Foster Dulles vom 27. Januar 1953

Die Politik des „enlightened self-interest“

Seit genau sechs Tagen bin ich Außenminister der Vereinigten Staaten, und ich kann Ihnen versichern, daß es sehr arbeitsreiche Tage waren. Sie waren angefüllt mit einer Unmenge angehäufter Probleme. Und doch hoffe ich, daß ich niemals zu beschäftigt sein werde, um nicht zum amerikanischen Kongreß und zur amerikanischen Bevölkerung sprechen zu können, damit diese wissen, mit welchen Fragen wir uns beschäftigen und was unsere Ziele und Absichten sind.

Ich habe bereits mit zwei Ausschüssen des Senats Fühlung genommen, die sich vor allem mit außenpolitischen Fragen befassen. Nun möchte ich mich an Sie wenden. Es ist natürlich klar, daß ich nach sechs Tagen nicht für jedes Problem mit einer Lösung aufwarten kann. Es wäre lächerlich, wenn ich vorgäbe, daß ich diese Lösungen tatsächlich bereits besitze. Ich halte es jedoch für angebracht, Ihnen zu sagen, wie die Lage der Vereinigten Staaten in der Welt ist und in welchem Geist wir an die Lösung dieser Probleme herangehen.

Das erste, was ich klar zum Ausdruck bringen möchte, und ich möchte in dieser Hinsicht keinerlei Zweifel bestehen lassen, ist, daß ich es als meine Aufgabe betrachte, für das amerikanische Volk zu arbeiten. Ich gehöre zu Ihrer Regierung — und Sie haben mich für meine Aufgabe bestellt und bezahlen mich, und Sie haben das Recht, zu verlangen, daß ich das Beste für Sie leiste. In diesem Geiste werden auch das amerikanische Außenministerium

und unsere diplomatischen Vertreter arbeiten. Sie brauchen nicht zu befürchten, daß wir gegen Ihre Interessen handeln und für andere arbeiten werden.

Präsident Eisenhower hat oft einen Ausdruck benutzt, und zwar den Begriff „vernünftiges Selbstinteresse“, und dieses vernünftige Selbstinteresse wird bei der Gestaltung unserer Außenpolitik unsere Richtschnur sein. In unserem eigenen Interesse, eben diesem vernünftigen Selbstinteresse, müssen wir nun unser Augenmerk genau auf das richten, was in der übrigen Welt vor sich geht. Der Grund dafür liegt in der Tatsache, daß wir Feinde haben, die unsere Vernichtung planen. Diese Feinde sind die sowjetischen Kommunisten und ihre Verbündeten in anderen Ländern.

Die Bedrohung durch den Kommunismus

Sie mögen nun fragen, wie wir denn wissen können, daß die Kommunisten tatsächlich versuchen, uns zu vernichten. Darauf ist zu antworten, daß ihre Führer dieses Ziel offen verkünden und es seit vielen Jahren gelehrt haben und daß alle ihre Handlungen dieser Lehre entsprechen. In den Vereinigten Staaten mußten sich unsere Gerichte mit dieser Frage befassen. Sie haben in jüngster Zeit — erst in der vergangenen Woche — festgestellt, daß die Kommunistische Partei in den Vereinigten Staaten Teil einer gewaltigen Verschwörung ist, die unsere Regierung durch Gewalt stürzen will.

Sie mögen nun fragen, ob es notwendig sei, diese Bedrohung so ernst zu nehmen. Darauf ist zu antworten,

daß die Bedrohung einen todernsten Charakter hat. Präsident Eisenhower hat erst vor kurzem erklärt, daß die Vereinigten Staaten in größerer Gefahr schweben als jemals zuvor in ihrer Geschichte. Jeder Amerikaner, der sich dieser Tatsache nicht bewußt ist, gleicht einem Soldaten, der auf seinem Posten schläft. Wir alle müssen uns ohne Ausnahme dieser Gefahr bewußt sein.

Unsere erklärten Feinde kontrollieren jetzt schon ein Drittel der gesamten Weltbevölkerung. Hier hinter mir habe ich eine Landkarte, auf der das riesige Gebiet zu sehen ist, das sich von Kamtschatka in der Nähe Alaskas, von den nördlichen Inselgruppen Japans bis nach Deutschland, bis in die Mitte Europas erstreckt. Dieses Gebiet beherrschen die sowjetrussischen Kommunisten vollständig. In diesem Raum leben 800 Millionen Menschen, die gegenwärtig zu einer riesigen kampfkraftigen Einheit zusammengeschmolzen werden, hinter der eine Industrieproduktion und moderne Waffen einschließlich der Atombombe stehen.

Wenn man diesen 800-Millionen-Block mit unserer 150-Millionen-Bevölkerung vergleicht, dann bedeutet das ein Bevölkerungsverhältnis von sieben zu eins zu unseren Ungunsten, wenn wir allein stehen würden. Im Ersten und im Zweiten Weltkrieg stand eine große Koalition an unserer Seite gegenüber den Despoten, so daß das Verhältnis im Menschenpotential damals sieben zu eins zu unseren Gunsten war. Es wäre nicht angenehm, einen Krieg erleben zu müssen, in dem das Verhältnis sieben zu eins gegen uns steht.

Weiter ist eine wichtige Tatsache, daß in diesem riesigen Gebiet in Asien und Europa, das unsere Gegner kontrollieren, alle Naturschätze vorhanden sind, die sie brauchen. Auf der anderen Seite sind wir weitgehend von überseeischen Gütern abhängig. So ist zum Beispiel unsere Stahlindustrie, die zweifellos von ausschlaggebender Bedeutung ist, in ihrer Friedens- und Kriegsproduktion in großem Ausmaß auf die Importe von Manganerzen aus Uehersee angewiesen. Wenn wir also allein stünden, würde nicht nur das Verhältnis des Menschenpotentials außerordentlich ungünstig für uns liegen, sondern wir wären auch hinsichtlich der Produktion der Waffen, die wir benötigen, erheblich im Nachteil.

Dies sind einige der Gründe, warum das vernünftige Selbstinteresse der Vereinigten Staaten verlangt, daß wir Freunde und Verbündete in der Welt haben müssen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt führen die sowjetischen Kommunisten eine Politik durch, die sie als Einkreisung bezeichnen. Das bedeutet, daß sie nach der Kontrolle verschiedener Gebiete um sich selbst und um uns herum streben, damit sie ihre Stärke ausbauen können und wir mehr und mehr abgeschnitten und isoliert werden. Sie haben erklärt, daß sie keinen offenen Krieg gegen uns beginnen wollen, bevor sie uns nicht so überlegen sind, daß der Ausgang nicht mehr zweifelhaft sein kann. Daher bestand die bisherige Strategie darin, von einem Land nach dem andern durch Uebernahme der Regierungskontrolle, durch politische Kriegführung und indirekte Aggression Besitz zu ergreifen. Und die Kommunisten haben dabei sehr große Fortschritte erzielt.

Zu Ende des Zweiten Weltkrieges, also vor rund sieben Jahren, beherrschten die kommunistischen Machthaber lediglich 200 Millionen Menschen, heute aber, wie ich bereits sagte, rund 800 Millionen. Sie sind mit aller Kraft be-

strebt, noch weitere Gebiete der Welt ihrer Herrschaft zu unterwerfen.

Die Situation in Asien

Lassen Sie mich nun vor der Karte auf einige der schwersten Unruheherde hinweisen. Wir wollen mit Korea beginnen, an das wir natürlich wegen des dortigen grausamen und verlustreichen Krieges in erster Linie denken. Um was geht es dort? Nun, es geht einmal um Japan. Sie sehen auf der Landkarte, daß die Sowjetunion bereits die nördlichen Inseln besetzt hat, die sehr nahe bei Japan liegen. Diese Inseln sind in der Tat etwa drei Kilometer von Nordjapan entfernt, und fast täglich wird gemeldet, daß sowjetische Flugzeuge den nördlichen Teil Japans überfliegen.

Aus dieser Karte können Sie ersehen, daß Japan in die kommunistische Zange genommen würde, wenn die Sowjets nicht nur dieses Gebiet im Norden Japans, sondern auch ganz Korea besäßen. Gelänge es den Sowjets oder den Rotchinesen, sich Japans mit seinem großen Industriepotential zu bemächtigen, so könnten sie dieses zur Bearbeitung der Rohstoffe einsetzen, die aus Asien, aus der Mandschurei und aus China stammen, und somit Waffen für das gewaltige Menschenpotential Chinas erzeugen.

Wenn das Wirklichkeit würde, so wäre das für uns sehr schlecht. Es war für uns schwer genug, Japan im Pazifik zu besiegen, als Japan allein stand, als China unser Verbündeter und die Sowjetunion neutral war. Wären die Sowjetunion, China und Japan vereint, so würden wir es im Pazifik sehr schwer haben. Stalin hat sich gerühmt, daß die Sowjetunion gemeinsam mit Japan unschlagbar wäre. Wir brauchen das nicht zu glauben, aber wir können uns zumindest darüber klar sein, daß es dann für uns sehr schwierig wäre.

Gegenwärtig unternehmen die Sowjets einen Vorstoß zur Eroberung Japans, nicht nur durch ihre Aktionen im Gebiet der nördlichen Inseln und in Korea, sondern auch durch das, was sie in Indochina tun. Wenn die Halbinsel Indochina, Siam, Burma und Malaya, in ihre Hände fiele, dann besäßen sie die sogenannte „Reisschüssel Asiens“. So bezeichnet man das Gebiet, aus dem die großen asiatischen Völker—Länder wie Japan und Indien—in großem Maße ihre Lebensmittel beziehen.

Man kann begreifen, daß eine Kontrolle der „Reisschüssel Asiens“ durch die Sowjetunion eine weitere Waffe darstellen würde, die zu einer Erweiterung ihrer Kontrolle auf Japan und Indien anreizen würde. Dies ist eine wachsende Gefahr und eine schlechte Situation, nicht nur wegen der Bedrohung der genannten asiatischen Länder, sondern auch deshalb, weil die Franzosen, die eine große Last des Kampfes dort tragen, gewaltige Anstrengungen unternehmen müssen—Anstrengungen, die von der französischen Kapazität, eine europäische Armee aufzubauen und hierzu einen Beitrag zu leisten, gerade so viel abziehen, wie man von ihnen als Beitrag hätte erwarten können. Ich werde auf dieses Problem später zu sprechen kommen, wenn wir uns mit Europa befassen.

Die arabische Welt

Wir können uns nunmehr dem nächsten Gebiet zuwenden: der arabischen Welt. Im Nahen Osten erleben wir, daß die Kommunisten versuchen, die Araber zu einem fanatischen Haß gegen die Engländer und uns Amerikaner aufzustacheln. Dort befinden sich die größten auf der Welt

bekannten Oelreserven. Das Interesse der Sowjets an diesem Gebiet ergibt sich aus der Tatsache, daß Stalin bei seinen Verhandlungen mit Hitler im Jahre 1940 erklärte, dieser Raum müsse als Zentrum der sowjetischen Aspirationen angesehen werden.

Fiele dieses Gebiet in die Hände unserer möglichen Gegner, so würde das die Waagschale der wirtschaftlichen Macht gewaltig zu deren Gunsten neigen. Außerdem wird der Suezkanal von hier aus kontrolliert, also ein Teil der Welt und ein internationaler Schifffahrtsweg, der seit langem als die Lebenslinie behütet und bezeichnet wurde, die Europa die ständige Verbindung mit Asien ermöglicht. In diesem Gebiet gibt es im Augenblick Schwierigkeiten

zwischen der britischen und der ägyptischen Regierung hinsichtlich der Verteidigung und der Kontrolle des Suezkanals.

Afrika

Wir können dann auf der Karte weitergehen und uns mit Afrika befassen. Ueberall in Afrika versuchen die Kommunisten, die Eingeborenen zu Revolten gegen die Westeuropäer aufzustacheln, die noch die politische Kontrolle über den größten Teil dieses Kontinents ausüben. Sollte es in Afrika zu Schwierigkeiten kommen, so würde die Verbindung zwischen Europa und Afrika, einer reichen Rohstoffquelle für Europa, verlorengehen.

Die Weltlage in der Sicht des neuen amerikanischen Außenministers



1. Die Möglichkeit einer kommunistischen Aggression von Korea bis Japan
2. Die Bedrohung Südasiens
3. Der Gefahrenherd im Mittleren Osten

4. Der Gefahrenherd in Afrika
5. Ein ungeeinigtes Europa als Ziel des Kommunismus
6. Die Gefahren des Kommunismus und Faschismus in Südamerika

Quelle: The New York Times vom 28. Januar 1953

Westeuropa

Und dann kommen wir auf unserer Wanderung um den Erdball nach Westeuropa selbst. Hier stellen wir fest, daß eine unserer wichtigsten außenpolitischen Maßnahmen, die durch das Wort „NATO“, also durch die Organisation des Nordatlantikpaktes, verkörpert wird, ihre praktische Wirklichkeit gefunden hat. Ziel dieser Politik war es, die westeuropäischen Staaten in Gemeinschaft mit den Vereinigten Staaten und Kanada so zusammenzuschließen, daß eine Gemeinschaft geschaffen wird, die stark genug ist, die roten Armeen vor jedem Angriff auf Westeuropa abzuhalten. Das Gebiet Westeuropas ist aus geschichtlichen Gründen stets ein in militärischem Sinne starker Raum gewesen.

Den westeuropäischen Ländern ist eine bemerkenswerte militärische Tradition eigen. Aber bisher haben die westeuropäischen Länder leider ihre militärische Stärke dafür verwendet, gegeneinander Krieg zu führen und sich gegenseitig auszubluten. Wie Sie wissen, haben vor allem Frank-

reich und Deutschland seit recht langer Zeit fast in jeder Generation einmal gegeneinander die Waffen erhoben. Gegenwärtig besteht die Hoffnung, daß sich Frankreich und Deutschland in einer gemeinsamen europäischen Verteidigungsgemeinschaft zusammenschließen. Dann wäre eine Lage geschaffen, in der sie sich nicht gegenseitig bekämpfen könnten und in der ihre gemeinsame Stärke zusammen mit der ihrer anderen Verbündeten es unwahrscheinlich machen würde, daß die roten Armeen in Westeuropa einzumarschieren versuchten.

Es handelt sich hier um eine gute Idee, und sie wurde in den Vereinigten Staaten von beiden Parteien unterstützt. Leider scheint die Durchführung dieses Planes im Augenblick etwas verzögert zu werden. Es sieht so aus, als ob ein Teil des französischen Volkes und ein Teil des deutschen Volkes erneut wünschten, ihre eigenen getrennten Wege zu gehen. Dies ist einer der Gründe, warum Präsident Eisenhower Mr. Stassen — den Leiter des gemeinsamen Sicherheitsprogramms — und mich

aufgefordert hat, in dieser Woche nach Europa zu reisen. Wir wollen uns an Ort und Stelle über die Lage informieren und feststellen, ob die Tendenz zur Einheit im Ansteigen oder im Abklingen ist.

Darf ich vor allem zunächst eines betonen, daß wir auf unserer Reise keinerlei Verpflichtungen irgendwelcher Art eingehen werden. Das Eingehen von Verpflichtungen obliegt dem Kongreß der Vereinigten Staaten in Zusammenarbeit mit den ausführenden Organen der Regierung. Wir werden nach Europa reisen, um zu beobachten und zu hören, und nicht, um irgendwelche Verpflichtungen einzugehen.

Die Vereinigten Staaten haben auf Grund der Annahme, daß Europa einig sein kann, in Westeuropa viel eingesetzt. Dieses Gebiet hat fast 30 Milliarden Dollar von den 40 Milliarden Dollar erhalten, die wir seit Ende des Zweiten Weltkrieges dem Ausland zur Verfügung gestellt haben. Gäbe es jedoch keine Aussicht — und ich weigere mich einfach, das zu glauben —, würde sich aber herausstellen, daß keine Aussicht auf einen wirksamen Zusammenschluß Europas besteht, und sollten insbesondere Frankreich, Deutschland und England ihre eigenen Wege gehen, so würde es sicherlich notwendig werden, die amerikanische Außenpolitik gegenüber Westeuropa neu zu überdenken.

Wir haben uns also bei unserem Blick auf die Welt bisher mit Asien, Europa und mit Afrika befaßt und müssen unsere Aufmerksamkeit nunmehr unserer Hemisphäre zuwenden. Wir müssen unseren Blick auf Südamerika lenken.

Südamerika

Zuweilen neigen wir dazu, Südamerika einfach als „sichere Sache“ hinzunehmen. In Wirklichkeit aber gibt es dort starke kommunistische Bewegungen und in einigen Kreisen faschistische Einflüsse, die bisher vor allem im verborgenen arbeiten und die traditionelle Freundschaft der Völker der amerikanischen Republiken untereinander zu zerstören suchen. Die abgetretene demokratische Regierung der Vereinigten Staaten hat sich für einige der genannten Probleme in Europa, Asien und Afrika so ausschließlich interessiert, daß ich fürchte, sie hat vielleicht Südamerika etwas vernachlässigt und es vielleicht für selbstverständlich angesehen, daß wir Südamerika eine Zeitlang aus dem Spiel lassen und uns diesem Teil der Erde später wieder zuwenden können, um dort dann alles genau so vorzufinden, wie es einst war. In Wirklichkeit würde aber jede derartige Politik der Vernachlässigung dazu führen, daß die Gefahr zunimmt.

Die Prinzipien der amerikanischen Außenpolitik

Nun, es ist ersichtlich, daß es viel Unruhe in der ganzen Welt gibt; ich habe auf einige der größten Unruheherde hingewiesen, aber es sind deren noch viel mehr vorhanden. Es gibt viele Gebiete, die gegenüber der von den Sowjets betriebenen politischen Kriegführung verwundbar sind. Wenn diese Gebiete verloren gingen, dann hätten die Sowjets ihre Einkreisung der Vereinigten Staaten im wesentlichen vervollständigt und wären zu dem von Stalin angekündigten entscheidenden Schlag gegen uns bereit, wobei die Chancen überwältigend zu ihren Gunsten ständen.

Das ist ein düsteres Bild, aber es braucht und darf uns nicht entmutigen. Auch die sowjetischen Kommunisten

sind keine Uebermenschen, und ihre Strategie ist keineswegs unwiderstehlich. Ich bin absolut zuversichtlich, daß wir diese Strategie zum Scheitern bringen können. Wie ich schon gesagt habe, unternehme ich heute abend nicht den Versuch, Ihnen die künftige Außenpolitik der Regierung Eisenhower in ihren Einzelheiten darzulegen. Es wäre töricht, diesen Versuch so bald zu unternehmen, denn schließlich ist seit der Amtseinführung Präsident Eisenhowers erst eine Woche vergangen. Ich glaube aber auf Grund dessen, was ich von ihm weiß, zwei Hinweise — einen negativen und einen positiven — über die Grundzüge unserer Außenpolitik geben zu können.

Zuerst den negativen Hinweis. Wir werden nicht versuchen, der sowjetischen Einkreisungsstrategie dadurch zu begegnen, daß wir von uns aus einen Krieg beginnen. Nehmen Sie das als sicher hin. Von privater Seite ist da und dort die Auffassung geäußert worden, daß ein Krieg mit der Sowjetunion unvermeidlich sei und daß es für uns besser wäre, er käme früher und nicht später, weil nach Auffassung dieser Leute die Zeit gegen uns arbeitet. Präsident Eisenhower ist eindeutig gegen eine derartige Politik, und das gleiche trifft selbstverständlich für mich und alle meine Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium und im diplomatischen Dienst der amerikanischen Regierung zu. Wir werden niemals einen Krieg als Mittel unserer Politik wählen.

Es heißt in der Bibel, wie Sie sich erinnern werden, daß, wer das Schwert ergreift, durch das Schwert umkommt. Selbst wer dies nicht als einen Glaubenssatz anerkennt, sollte sich zumindest daran erinnern, daß zweimal während unserer Generation große und mächtige Despoten zum Schwert gegriffen haben. So erhoben Deutschland und Japan die Waffen auf Grund einer scheinbar überwältigenden Machtposition, nur um schließlich elend zugrunde zu gehen.

Nun wissen wir natürlich, daß unsere Feinde keine moralischen Skrupel haben und in der Tat die Existenz eines Moralesatzes leugnen. Sie predigen Gewalt. Stalin selbst hat gesagt — und es wird jedem seiner kommunistischen Anhänger gelehrt —, daß die von ihnen angestrebte Umwandlung der Welt nicht ohne Gewalt verwirklicht werden könne. Stalin hat weiter erklärt, daß jeder, der glaube, diese Ziele könnten auf friedlichem Wege erreicht werden, entweder von Sinnen oder ein Verräter an der kommunistischen Sache sei.

Wir wissen, daß die Kommunisten in verschiedenen Ländern der Welt — zumindest in örtlich begrenztem Umfang —, einschließlich Korea und Indochina, Gewalt gebraucht haben. Sie bauen eine riesige Militärmaschine auf, sie haben den Vorschlag der Vereinten Nationen für einen Waffenstillstand in Korea zurückgewiesen, und sie haben auch die Vorschläge der UN für eine wirksame Rüstungsbegrenzung abgelehnt. Aus diesem Grunde brauchen wir starke Streitkräfte, und wir müssen unsere Freunde zur Schaffung militärischer Stärke ermutigen, aber niemals in der Absicht, Krieg zu führen, sondern nur in dem Bestreben, einen Krieg zu verhüten.

Wir werden niemals einen Krieg beginnen, um unsere Ziele zu erreichen, sondern wir werden das Äußerste versuchen, um die Kriege, die gegenwärtig in der Welt geführt werden, zu beenden, insbesondere die Kriege in Korea und in Indochina. Diese Kriege dauern heute

noch an, weil der Gegner der Ansicht ist, daß er aus der Fortsetzung dieser Kriege einen Vorteil ziehen kann. Ich bin der Ueberzeugung, daß Präsident Eisenhower Mittel und Wege finden wird, den Gegner in dieser Hinsicht zu einer Meinungsänderung zu bewegen, so daß auch er Frieden wünschen wird.

Das andere Ziel unserer Außenpolitik — und damit komme ich zu dem positiven Aspekt — muß darin bestehen, bei anderen Völkern eine solche Liebe zur Freiheit und eine derartige Achtung vor ihr zu erwecken, daß sie vom Despotismus, von der totalitären Diktatur der kommunistischen Welt niemals wirklich durchdrungen und absorbiert werden können. Die sowjetischen Kommunisten haben, wie ich ausführte, bisher sehr viele Menschen, rund 800 Millionen, unter ihre Herrschaft gebracht. Man weiß aber auch, daß es so etwas wie einen überladenen Magen gibt. Die Menschen werden nicht immer stärker, wenn sie mehr essen. Manchmal verschlingen sie mehr, als sie verdauen können, und dann werden sie schwächer anstatt stärker.

Es gibt in der Tat schon Anzeichen von Verdauungsstörungen innerhalb der kommunistischen Welt. Die Säuberungen und Schauprozesse, die in Osteuropa stattfinden, die Massen-Exekutionen im kommunistischen China — alles das zeigt, daß die Bevölkerung widerspenstig und unzufrieden ist. Die Tatsache, daß die kommunistischen Machthaber das Gefühl haben, zu diesen Terror-Taktiken Zuflucht nehmen zu müssen, um sich das Volk gefügig zu machen — diese Tatsache ist ein Zeichen der Schwäche, nicht der Stärke.

Es kann sehr viel getan werden, damit diese Völker, diese in Ketten liegenden Menschen, sich so viel Liebe für die Freiheit und Unabhängigkeit erhalten, und es kann sehr viel getan werden, damit bei den vom Kommunismus bedrohten Menschen so viel Liebe und Entschlossenheit entflammt werden, ihre Unabhängigkeit zu wahren, daß sie alle vom sowjetischen Kommunismus nicht verschluckt und verdaut werden können. Vielleicht werden die Magenbeschwerden mit der Zeit dann so stark, daß sie den davon Befallenen das Leben kosten.

Was haben wir nun in dieser Hinsicht zu tun? Was haben wir dabei für eine Aufgabe? Wir müssen unserem eigenen vernünftigen Selbstinteresse dadurch dienen, daß wir durch unsere Leistungen und unser Beispiel zeigen, wie gut die Freiheit und um wieviel sie dem Despotismus überlegen ist. Wer aber kann mit solchen Leistungen aufwarten und einen derartigen Beweis antreten? Das kann nur ein einziges Volk in der Welt, das Volk der Vereinigten Staaten von Amerika.

Das bedeutet, daß jeder von Ihnen bei unserer Außenpolitik eine Aufgabe zu erfüllen hat. Die Außenpolitik ist nicht einfach eine Angelegenheit, mit der sich die Außenminister und die Botschafter in verschiedenen Teilen der Welt befassen — jeder von ihnen hat sein Teil dazu beizutragen, daß die amerikanische Außenpolitik Erfolg hat. Denn ob es uns gelingt, auf friedlichem Wege Erfolg zu haben oder nicht, wird wesentlich davon abhängen, daß Sie beweisen, welcher Wert und welche produktiven Kräfte in der Freiheit stecken.

Ganz gleich, was unsere Aufgabe ist — wir müssen fleißig genug arbeiten, um zeigen zu können, daß die Freiheit produktiver ist als die Sklaverei. Wir müssen so einfallreich und so erfinderisch sein, daß unsere Werk-

zeuge des Friedens und notfalls des Krieges besser sind als alles, was von den Despoten und ihren Knechten erfunden werden kann. Wir müssen mitfühlend, freundlich und gute Nachbarn sein, denn ein Volk, das nur an sich selbst denkt, wird niemals beliebt sein.

Wenn jeder von uns erkennt, daß auch er eine Rolle spielt, wenn es gilt, die Freiheit begehrenswert erscheinen zu lassen, dann werden wir gemeinsam die Freiheit in der ganzen Welt so erstrebenswert machen, daß die sowjetischen Kommunisten mit ihrer Strategie der Einkreisung der Vereinigten Staaten durch Eroberung der übrigen Welt zum Scheitern verurteilt sind.

Ich möchte unterstreichen, daß das Kernstück einer erfolgreichen Außenpolitik unser beispielhaftes Verhalten als Nation ist. Dies geht alle und jeden an, nicht nur die Diplomaten. Was die Regierung betrifft, so können Sie überzeugt sein, daß sie sich nicht einschüchtern, unterminieren oder unterjochen lassen wird. Unsere Nation muß als ein fester Felsen in einer sturmgepeitschten Welt stehen. Allen, die unter der kommunistischen Sklaverei leiden, und den ängstlichen und eingeschüchterten Völkern der Welt wollen wir zurufen: „Ihr könnt euch auf uns verlassen!“ Zusammen mit den anderen freien Völkern der Welt können wir, darauf vertraue ich, einen ehrenhaften Frieden mit friedlichen Mitteln erreichen.

Ich darf nun wohl annehmen, daß einige von Ihnen sich Gedanken darüber machen, ob man dem amerikanischen Außenministerium wirklich zutrauen kann, daß es einen festen Kurs gegenüber dem sowjetischen Kommunismus einschlagen wird. Es hat einige erschreckende Enthüllungen gegeben, wonach einige Kommunisten und Mitläufer ihren Weg in hohe Stellungen gefunden und Geheimnisse preisgegeben haben — sogar das der Atombombe. Ich kann Ihnen versichern, daß alle Einrichtungen der Regierung — und dabei ist das Bundeskriminalamt eingeschlossen — eingesetzt werden, um sicherzustellen, daß alle derartigen Leute aufgespürt und entfernt werden. Ich kann Ihnen versprechen, daß unsere Außenpolitik, unsere neue Politik, in keiner Weise irgendeinen Mangel an Glauben an die Ideale und die Grundsätze, auf denen die amerikanische Nation gegründet wurde, zeigen wird.

Lassen Sie mich jetzt zum Abschluß sagen, daß unsere Außenpolitik offen sein soll, damit Sie sehen können, worum es geht. Sie soll einfach genug sein, daß Sie sie verstehen und beurteilen können, und sie soll so anständig und moralisch sein, daß sie Ihren Vorstellungen von dem, was Recht ist, entspricht. Diese Grundsätze der Offenheit, Einfachheit und Rechtschaffenheit — Grundsätze, die mit dem übereinstimmen, was die traditionelle große amerikanische Außenpolitik auszumachen pflegte —, sie entsprechen unserer großen Tradition, und ich bin stolz darauf, daß wir hier im amerikanischen Außenministerium und in unserem Auswärtigen Dienst eine Gelegenheit haben werden, diese große Tradition weiterzuführen und ihr gerecht zu werden. Auf diese Weise werden wir nach meiner Ueberzeugung die Unterstützung, das Vertrauen und die Mitarbeit des amerikanischen Volkes verdienen und, so hoffe ich, auch erhalten.

Quelle: *The Department of State Bulletin*. Vol. XXVIII, No 711 vom 9. Febr. 1953. Uebersetzung des Europa-Archivs.

Der Weg zur Konvertibilität der europäischen Währungen

Bericht über die Währungskonferenz der Europäischen Liga für wirtschaftliche Zusammenarbeit
in Brüssel vom 29. bis 31. Januar 1953

Von Dr. Karl Albrecht, Bad Godesberg, und Dr. Paul Krebs, Frankfurt a. M.

In den vergangenen Jahren haben politische und wirtschaftliche Erwägungen der verschiedensten Art in den westeuropäischen Ländern zu einer Verstärkung der Bemühungen um eine wirtschaftliche Integration Europas geführt. Diese Bestrebungen richten sich vor allem gegen die autarkistischen und protektionistischen Tendenzen der westeuropäischen Volkswirtschaften und verfolgen das Ziel, den europäischen Güter- und Dienstleistungsaustausch zu fördern, um eine echte Arbeitsteilung im europäischen Wirtschaftsraum herzustellen und so die Produktivität der europäischen Wirtschaft zu heben und der europäischen Bevölkerung einen möglichst hohen Lebensstandard zu sichern. Die Europäische Liga für wirtschaftliche Zusammenarbeit (ELEC) hat sich das Ziel gesetzt, diese Bestrebungen durch ihre Arbeit zu fördern. Dabei wurde von der ELEC seit ihrer Gründung die Auffassung vertreten, daß die europäische Zusammenarbeit eine Verständigung über die Währungspolitik erfordere.

In der Zeit vom 29. bis 31. Januar 1953 fand in Brüssel eine Konferenz der ELEC statt, deren Aufgabe es war, einen praktischen Weg zur Erreichung dieses Zieles aufzuzeigen. An der Tagung nahmen etwa 100 Wirtschafts- und Finanzsachverständige aus Australien, Belgien, Kanada, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Luxemburg, Neuseeland, den Niederlanden, Oesterreich, Pakistan, der Schweiz sowie der Europäischen Bewegung und der ihr angeschlossenen Organisationen teil. Folgende offizielle internationale Organisationen waren durch Beobachter vertreten: Der Europarat, die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, der Europäische Wirtschaftsrat (OEEC), die Europäische Zahlungsunion (EZU), die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (Weltbank), die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), der Internationale Währungsfonds und die Verwaltung für gemeinsame Sicherheit (MSA).

Zur Vorbereitung der Konferenz hatte der Generalsekretär der Liga, Lucien Sermon, einen umfassenden Einführungsbericht vorgelegt, der auf Grund vielfacher Kommissionsberatungen zustande gekommen war und eine Zusammenstellung aller in diesen Beratungen zutage geförderten Feststellungen, Kritiken und Vorschläge enthielt, über welche im Rahmen der Währungskonferenz endgültig entschieden werden sollte. Der einführende Bericht gliedert sich in vier Hauptteile:

1. Allgemeine Probleme der Konvertibilität.
2. Die Bedeutung der Dollarlücke und die Möglichkeiten ihrer Ueberwindung.
3. Die Europäische Zahlungsunion und ihre Bedeutung für die multilateralen Wirtschaftsbeziehungen Westeuropas und die Schaffung der Voraussetzungen für die Konvertibilität der europäischen Währungen.
4. Die Montanunion und die Konvertibilität der Währungen ihrer Mitgliedstaaten.

Entsprechend der Gliederung dieses einführenden Berichtes wurden auf der Eröffnungssitzung der Währungskonferenz vier Arbeitsgruppen gebildet:

Die erste Kommission (allgemeine Fragen der Konvertibilität) arbeitete unter dem Vorsitz des französischen Bankiers Edmond Giscard d'Estaing.

In der zweiten Kommission (Dollarlücke) führte der britische Industrielle Major Edward Beddington Behrens den Vorsitz.

Die dritte Kommission (Europäische Zahlungsunion) wurde von dem niederländischen Professor Dr. P. Kuin geleitet.

In der vierten Kommission (Montanunion) führte der stellvertretende Präsident der deutschen Gruppe der ELEC, Dr. h. c. Richard Merton, den Vorsitz.

Die Ergebnisse der mit großer Intensität durchgeführten Kommissionsarbeiten wurden einem Redaktionskomitee unterbreitet, welches unter dem Vorsitz des Präsidenten der Europäischen Liga für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Baron Boël, und des Generalsekretärs der Liga, Lucien Sermon, aus den

Vorsitzenden und Berichterstattem der einzelnen Kommissionen gebildet wurde. Dieses Komitee legte der Plenarsitzung des letzten Tages einen Resolutionsentwurf vor, der im Plenum ergänzt und verbessert und schließlich einstimmig angenommen wurde.

Allgemeine Probleme der Konvertibilität

Die Wiederherstellung der Konvertibilität der europäischen Währungen bildet seit der Beendigung des Zweiten Weltkrieges eines der wichtigsten Gesprächsthemen aller Währungsdiskussionen. Unter Konvertibilität ist die freie Einwechselbarkeit der nationalen Währung eines Landes in die Währung eines anderen Landes zu verstehen. Echte Konvertibilität bedeutet dabei, daß jeder In- und Ausländer eine bestimmte Währung in jede andere Währung umwechseln kann und daß die Verwendung des eingetauschten Devisenbetrages nicht auf bestimmte Transaktionen beschränkt wird, sondern daß grundsätzlich alle Zahlungsvorgänge, die aus dem zwischenstaatlichen Wirtschaftsverkehr resultieren können, einbezogen sind. Die freie Konvertibilität schließt deshalb auch den Kapitalverkehr mit ein. Eine Beschränkung der Konvertibilität kann vor allem durch eine währungsmäßige Begrenzung erfolgen, das heißt, daß eine Währung nur in bestimmte, nicht in alle ausländischen Währungen einwechselbar ist. Falls innerhalb einer Ländergruppe zwar die Möglichkeit eines Austausches der nationalen Währungen gegeben ist, jedoch der zwischenstaatliche Handels- und Zahlungsverkehr besonderen Regelungen unterliegt, wird von einer Transferibilität der Währungen gesprochen. Die Währungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Zahlungsunion sind als „transferfähig“ im Sinne dieser Definition anzusehen.

Obwohl die Währungskonferenz der ELEC ihre Themenstellung geographisch begrenzt hatte, indem sie sich das Ziel setzte, einen Weg für den monetären Wiederaufbau Europas zu zeigen, bildete die Frage der unbeschränkten internationalen Konvertierbarkeit der europäischen Währungen einen wichtigen Diskussionspunkt. Darin kann kein Widerspruch gesehen werden, denn zu einer Wiedergesundung der europäischen Wirtschaft gehört nicht nur der Zahlungsbilanzausgleich der europäischen Staaten untereinander, sondern auch der Zahlungsbilanzausgleich der europäischen Staaten mit der übrigen Welt, insbesondere dem Dollarraum. Während es der Europäischen Zahlungsunion durch ihre Arbeit gelungen ist, mit Hilfe eines multilateralen Verrechnungsverkehrs eine weitgehende Konvertibilität der europäischen Währungen untereinander herzustellen, bietet sie im Verhältnis zum Dollarraum eine sehr beschränkte Konvertierungsmöglichkeit, denn die europäischen Zahlungsbilanzen weisen nach wie vor beträchtliche Dollardefizite auf. Diese

„Dollarlücke“ ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die europäischen Volkswirtschaften einen großen Teil ihres lebensnotwendigen Bedarfs an industriellen Rohstoffen und Nahrungsmitteln im Dollarraum, insbesondere in den Vereinigten Staaten, decken müssen, den sie früher weitgehend durch Bezüge aus dem Osten und Asien befriedigen konnten. Infolge ihrer wirtschaftlichen Nachkriegsschwierigkeiten und den in den Vereinigten Staaten bestehenden Schutzzöllen und quantitativen Importbeschränkungen ist es jedoch den europäischen Staaten nicht möglich, Waren in gleichem Wert und Umfang nach den Vereinigten Staaten zu exportieren. Für die Schließung der europäischen Dollarlücke sind in den vergangenen Jahren eine Reihe von wichtigen Maßnahmen vorgeschlagen worden, die sich vor allem auf die Erhöhung der europäischen Produktivität, die allmähliche Herbeiführung eines gemeinsamen europäischen Marktes und den Abbau der amerikanischen Zölle und Einfuhrbeschränkungen beziehen. Infolge der Meinungsverschiedenheiten, die um das Problem der Konvertibilität der Währungen bestehen, hielt es die Konferenz für angebracht, folgendes zu erklären:

„Indem die Konvertierbarkeit die Märkte erweitert, einen echten Wettbewerb gestattet und die Arbeitsteilung gewährleistet, trägt sie zur Erhöhung der Arbeitsleistung und zur Erweiterung der Auswahl für die Konsumenten bei. Sie bewirkt also eine Erhöhung des Lebensstandards.

Die Konvertierbarkeit ist kein Hindernis für die Regierungen, eine miteinander abgestimmte Politik zur Milderung der zyklischen Schwankungen zu betreiben und die aus solchen Schwankungen eventuell entstandenen Schäden auszugleichen.

Sie ist durchaus vereinbar mit Sicherungen, die einzuführen wären, und mit besonderen Ausgleichsmaßnahmen, die zugunsten der sozial und wirtschaftlich Geschädigten während der Anpassungsphase zu treffen wären.“

Das klassische System der Konvertibilität beruht auf der Goldwährung. Dieses System, das bis zur Weltwirtschaftskrise in den dreißiger Jahren bestand, erfordert den geringsten Verwaltungsapparat und sichert den nationalen Währungen ein hohes Maß an Unabhängigkeit gegenüber den Einflüssen der Tagespolitik. Es gewährleistet die weltweite Funktionsfähigkeit der nationalen Währungen und garantiert die Einhaltung einer internationalen Disziplin in der Währungspolitik, ohne dabei die Souveränität der Nationalstaaten einzuschränken. Die Bindung an das Gold hält das Gesamtvolumen an Zahlungsmitteln in einer Relation zum Gesamtvolumen des Angebots an Gütern und Dienstleistungen, die nur leichte Schwankungen aufweist. Die Funktionsfähigkeit dieses Systems hängt vor allem jedoch davon ab, „daß das Zahlungsmittelvolumen keine willkürliche Verschlechterung durch die Kreditpolitik eines jeden Landes erfährt; daß die Goldreserven jedes einzelnen Landes ausreichen, vorübergehende Gleichgewichtsstörungen auszugleichen; daß die Gläubigerländer ihre

Einfuhr nicht durch einen übersteigerten Zollprotektionismus behindern und daß die politische Sicherheit so allgemein ist, daß die Frage der Rentabilität für den Kapitalverkehr bestimmend bleiben kann“¹.

Heute fehlen noch mehrere dieser wichtigsten Voraussetzungen für die Wiedereinführung einer Goldwährung in den europäischen Ländern. Deshalb könnte ein freier europäischer Zahlungsverkehr noch auf zwei anderen Wegen aufgebaut werden:

1. indem man die verschiedenen nationalen Währungen durch eine einzige Umlaufwährung ersetzt, oder
2. indem man den nationalen Währungen eine gewisse Gleichwertigkeit in den Augen derer verleiht, die sie als Zahlungsmittel in Empfang nehmen müssen.

Die erste Möglichkeit, nämlich die Einführung einer einzigen europäischen Währung, die von einem vereinigten Notenbanksystem, ähnlich der Federal Reserve Bank in den Vereinigten Staaten, auszugeben wäre, erscheint nach Auffassung der ELEC zur Zeit nicht durchführbar. Abgesehen von den politisch-psychologischen Hindernissen, die dem Verzicht auf nationale Währungen bei den meisten europäischen Völkern augenblicklich noch entgegenstehen, dürften der Schaffung einer Einheitswährung noch zahlreiche wirtschaftliche aber auch technische Schwierigkeiten entgegenstehen. Außerdem würde die Einführung einer einzigen europäischen Umlaufwährung eine einheitliche Finanz-, Steuer-, Wirtschafts-, Sozial- und Kreditpolitik der europäischen Staaten erfordern, die kaum erreicht werden dürfte, solange keine europäische Regierung mit entsprechenden Befugnissen besteht.

Außer auf der Golddeckung könnte die Konvertibilität der Währungen untereinander auf der Deckung durch die nationale Produktion an Gütern und Dienstleistung beruhen. Dazu wäre zunächst eine gleichgerichtete und ausgewogene Anpassung der nationalen Zahlungsmittelvolumen in der Weise erforderlich, daß im Grundsatz weder Kaufkraftknappheit noch Kaufkraftüberhang entsteht. Von diesem Zeitpunkt an wären die betreffenden Währungen in Waren zu einem realen und mehr oder weniger stabilen Preis konvertierbar, da ihnen eine nationale Produktion an Gütern und Dienstleistung zur Deckung dient, mit denen der jeweilige Inhaber des Geldes rechnen kann. Theoretisch ist dieses System der Konvertibilität nicht nur innerhalb eines geographisch begrenzten Raumes, wie beispielsweise der westeuropäischen Länder denkbar, sondern es könnte auf alle Staaten, einschließlich der Vereinigten Staaten von Nordamerika ausgedehnt werden. Allerdings würden sich bei dem Aufbau eines solchen Systems eine Reihe von Schwierigkeiten ergeben, da zwischen den europäischen Volkswirtschaften und der amerikanischen Volkswirtschaft noch zu starke Disparitäten bestehen und auch in Europa keineswegs die erforderliche wirtschaftspolitische Koordi-

nation zwischen den in Frage kommenden Regierungen zur Zeit gewährleistet ist.

Die Frage der Konvertibilität der Währungen wurde von der ELEC vor allem auch im Hinblick auf die Schließung der Dollarlücke und die Frage stabiler oder beweglicher Wechselkurse untersucht. In ihrer Schlußresolution weist die Währungskonferenz darauf hin, daß es keinen freien Handel zwischen den verschiedenen Nationen geben kann, solange der Zahlungsverkehr unter Kontrolle steht.

Die ELEC fordert deshalb, daß jedes Land die Wiederherstellung konvertierbarer Währungen anstrebt, das heißt Währungen, die es dem Besitzer jederzeit und auf jedem Markt gestatten, jede gewünschte Ware, Dienstleistung oder Währung zum jeweils geltenden internationalen Marktpreis einzukaufen. Dabei wird von der ELEC nicht verkannt, daß es die derzeitige wirtschaftliche Situation nicht erlaubt, dieses Ziel sofort zu erreichen. Sie fordert deshalb die Regierungen auf, etappenweise die freie Konvertibilität der Währungen herzustellen. Vor allem der Wunsch, den internationalen Kapitalverkehr von seinen derzeitigen Fesseln zu befreien und in die freie Konvertibilität der Währungen mit einzuschließen, hat die ELEC veranlaßt, die Konvertibilität in ihrer Schlußresolution als ein nur etappenweise zu verwirklichendes Endziel hinzustellen.

Der Uebergang des britischen Pfundes zur Konvertibilität

Die Frage des Uebergangs einzelner europäischer Währungen zur Konvertibilität hat die Währungskonferenz der ELEC fast in allen ihren Stadien beschäftigt. Wenn auch in der Schlußresolution² keine Bedenken dagegen erhoben werden, daß sich einzelne europäische Währungen rascher dem Zustande der Konvertibilität nähern als andere, so liegt doch der entscheidende Nachdruck der Resolution auf der Feststellung, daß eine Konvertibilität nur dann sinnvoll ist, wenn parallel zu ihr eine fortschreitende Liberalisierung des Warenverkehrs erfolgt. Darüber hinaus läßt die ELEC in ihrer Resolution keinen Zweifel darüber aufkommen, daß das letzte Ziel eine weltweite Konvertierbarkeit aller Währungen sein muß.

In der Kommission „Europäische Zahlungsunion“ wurden diese Gesichtspunkte eingehend diskutiert. Auf Anregung des Vorsitzenden dieser Kommission machte der britische Delegierte Professor *Richardson* längere Ausführungen über die Commonwealth-Konferenzbeschlüsse³ vom 11. Dezember 1952, die unter anderem die Wiederherstellung der Konvertibilität des Pfund Sterling befürworten. Richardson ging vor allem auf die Bedeutung dieser Beschlüsse für die Wiederherstellung der Konvertibilität der übrigen europäischen Währungen und die Arbeit der Europäischen Zahlungsunion ein. Indem er sich

auf die grundsätzlichen Erklärungen des britischen Delegationsführers, *Beddington Behrens*, in der Eröffnungssitzung der Konferenz bezog, erklärte Richardson, daß auch für das Pfund Sterling die Konvertibilität wohl nur etappenweise erreicht werden könne und daß deswegen auch für Großbritannien bis zur Erreichung der vollen Konvertibilität des britischen Pfundes die Europäische Zahlungsunion von wesentlichem Interesse sei. Richardson ging dabei davon aus, daß sich die Verwirklichung der Konvertibilität stufenweise über mehrere Jahre hinziehen werde.

Als einen der ersten Schritte zur Sterling-Konvertibilität wurde von Richardson die Aufhebung der britischen Import-Restriktionen angesehen, die allerdings nur etappenweise erfolgen könne und von Währungsstabilisationsmaßnahmen abhängig sei, die noch nicht spruchreif seien. Als letztes müßte dann schließlich die volle Konvertibilität durch die Ausdehnung auf den Kapitalmarkt erreicht werden.

Gegenüber den Bedenken, daß im Zuge der Bemühungen um die Wiederherstellung der Konvertibilität des Pfundes gewisse Tendenzen auftreten würden, die Großbritannien zu einer Verschärfung der Import-Restriktionen gegenüber dem EZU-Raume veranlassen müßten, weil die britische Politik dazu führen könne, daß von allen Ländern Waren aus dem Dollar-Raume gegen Pfund Sterling gekauft werden und diese Entwicklung natürlich zu einer starken Belastung der britischen Zahlungsbilanz führen müsse, ergäbe sich, daß es offenbar die Absicht der britischen Regierung ist, die Weltrohstoffmärkte in London wieder aufzubauen, weil dadurch das Pfund Sterling seine Position als Weltwährung wiedergewinnen würde. Die aus dem Zweiten Weltkrieg stammenden hohen Sterling-Guthaben verschiedener Staaten dürften allmählich infolge ihres Abbaues bedeutungslos geworden sein und die sich neu bildenden Sterling-Guthaben anderer Länder können als durchaus normal angesehen werden, so daß kaum mit der Gefahr eines überhöhten Umtausches von Sterling-Guthaben in US-Dollar gerechnet werden müsse⁴. Es ist deshalb offensichtlich nicht die Absicht der britischen Regierung, das Pfund Sterling in Europa knapp zu halten^{4a}, da sich eine solche Tendenz nicht mit der für das britische Pfund angestrebten Rolle einer Weltwährung vereinbaren läßt. Dabei spielte der Unterschied zwischen der Situation der Vereinigten Staaten und Großbritanniens eine Rolle. Die Vereinigten Staaten sind vor allem eine Gläubigernation, demgegenüber kommt es offenbar Großbritannien nicht so sehr auf eine Gläubigerstellung in dem Weltwährungssystem als vielmehr auf eine zentrale Position innerhalb des sich ständig ausweitenden Welthandels an.

Auf Grund dieser Erörterungen forderte die Konferenz in ihrer Resolution nachdrücklichst, daß ein-

zelne Maßnahmen zur Wiedergewinnung der Konvertibilität in keinem Falle die im Rahmen der EZU erreichten Vorteile vermindern dürften. Es wurde einhellig von den Konferenzteilnehmern die Auffassung vertreten, daß es zu den Rechten und Pflichten des Direktoriums der EZU gehöre, von sich aus die amerikanische Regierung zu ersuchen, sie möge in etwaigen bilateralen Verhandlungen mit einzelnen europäischen Regierungen die Interessen der EZU und ihrer Mitglieder gebührend berücksichtigen und nach Möglichkeit vor Abschluß solcher Verhandlungen das Direktorium der EZU konsultieren.

Von großer politischer Bedeutung erscheint auch der Vorschlag der ELEC, die OEEC möge untersuchen, durch welche Maßnahmen die den Mitgliedstaaten der EZU angeschlossenen überseeischen Währungsgebiete in das von der OEEC geschaffene System der Liberalisierung des zwischenstaatlichen Handels eingegliedert werden können. Dieser Empfehlung lag ein neuseeländischer Antrag zugrunde, in dem darauf hingewiesen wurde, daß den außereuropäischen Staaten des Sterling-Raumes die den Mitgliedern der EZU gewährte Liberalisierung der Einfuhren bisher nicht automatisch zugestanden wurde.

Die Liberalisierung zwischen diesen Ländern und den europäischen Staaten mußte vielmehr in jedem Falle auf bilateraler Basis vereinbart werden und blieb auch dann meist auf eine begrenzte Anzahl von Ausfuhrsgütern beschränkt. Der neuseeländische Antrag, der von den britischen Delegierten unterstützt wurde, schlug vor, den in das Verrechnungssystem der Europäischen Zahlungsunion einbezogenen überseeischen Ländern im Rahmen von Handelsabkommen eine gleichartige Behandlung zu sichern, wie sie zwischen den EZU-Mitgliedern besteht. In der Diskussion wurde Uebereinstimmung darin erzielt, daß die den Währungsgebieten der Mitgliedstaaten der EZU angehörenden überseeischen Länder zukünftig den Liberalisierungskodex der OEEC mit allen Rechten und Pflichten für sich in Anspruch nehmen sollten.

Die Bedeutung der inneren finanziellen Stabilität für die Konvertibilität

Die Resolution der Währungskonferenz stellt im Abschnitt IV Ziffer 1 die Forderung auf, daß durch eine strenge Kontrolle des Notenumlaufes und ein „befriedigendes Gleichgewicht zwischen den Staats-Einnahmen und -Ausgaben“ die Voraussetzungen für die internationale Konvertibilität der europäischen Währung geschaffen werden müssen. Auf die Zusammenhänge zwischen der innerstaatlichen Finanzpolitik und der Wiederherstellung des europäischen Zahlungsbilanz-Gleichgewichts als Voraussetzung einer echten Konvertibilität der europäischen Währungen hat neben prominenten Vertretern der Wis-

schaft in letzter Zeit vor allem auch der Europarat⁵ verschiedentlich hingewiesen und hervorgehoben, daß die innere finanzielle Stabilität der einzelnen Mitgliedstaaten eine unerläßliche Bedingung für die außenwirtschaftliche Gleichgewichtssicherung und damit für den Ausbau des internationalen Güter- und Dienstleistungs-Austausches ist. Zur praktischen Realisierung dieser Forderungen sind in der Schlußresolution keine Vorschläge gemacht worden. Der Vorbericht der Konferenz enthält jedoch in seinem 4. Abschnitt, der sich auf die aus der Verwirklichung der Montanunion resultierenden Zahlungsbilanz-Probleme bezieht, konkrete Formulierungen bezüglich einer engeren Koordinierung der Währungs-, Haushalts-, Lohn-, Preis-, Beschäftigungs-, Zoll- und Handels-Politik. Es erscheint wünschenswert, daß im Hinblick auf diese Resolution im Rahmen der OEEC der deutsche Vorschlag erneut aufgegriffen wird, der die Bildung eines Gremiums zur Koordinierung der Wirtschaftspolitik der europäischen Staaten auf ministerieller Ebene vorsieht. Dabei könnte auch daran gedacht werden, das Exekutiv-Komitee der OEEC mit entsprechenden Vollmachten auszustatten. Auf der Währungskonferenz war es der belgische Finanzminister, Albert Janssen, der auf die bisherigen Arbeiten der OEEC zur Sicherung der inneren finanziellen Stabilität verwies und gleichzeitig den im Auftrage der OEEC unter Vorsitz von Professor Lionel Robins verfaßten Experten-Bericht zu diesem Fragenkreis zitierte. Außerhalb der OEEC sind die Möglichkeiten für eine Koordinierung der Wirtschaftspolitik auf Vorschlag des niederländischen Außenministers vor allem auch im Rahmen der ad hoc-Versammlung für die Vorbereitung einer europäischen Verfassung diskutiert worden.

Gegen die Verfälschung des internationalen Wettbewerbs

Die Währungskonferenz der ELEC hat die Forderung nach innerer finanzieller Stabilität durch die Forderung nach einem Abbau der Handelsschranken ergänzt. Administrative Importbeschränkungen lassen sich mit dem Prinzip einer freien Konvertibilität der Währungen nicht vereinbaren. Mit gleichem Nachdruck wurde von der Konferenz darauf hingewiesen, daß die Konvertibilität auch die Gewährung von Exportsubventionen ausschließt, da diese letzten Endes eine Verfälschung der Wechselkurse herbeiführen. Neben den direkten Exportförderungsmaßnahmen muß auch an die Abschaffung aller indirekten Exportsubventionen wie „Devisenbonus“ oder Rückvergütung von Steuern beziehungsweise Arbeitgeberanteilen zur Sozialversicherung gedacht werden.

Die Schließung der europäischen Dollarlücke

Bei der Diskussion um die Schließung der europäischen Dollarlücke wurden vor allem die Möglich-

keiten diskutiert, die sich für die europäischen Volkswirtschaften aus einer wirtschaftlichen Erschließung der überseeischen Gebiete ergeben. Hierbei wurde besonders auf den „Straßburg-Plan“⁶ verwiesen. Eine Darstellung der wichtigsten Vorschläge des Straßburg-Plans lag der Konferenz als Nachtrag zum Einführungsbericht vor. Die Währungskonferenz stimmte darin überein, daß zur Verminderung der Abhängigkeit Europas von Importen aus dem Dollarraum und zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung in den überseeischen Gebieten Maßnahmen der europäischen Staaten getroffen werden müssen, durch welche die Produktion von Nahrungsmitteln und Rohstoffen in den Ueberseeländern erhöht werden kann. Gleichzeitig wurde an den Europäischen Wirtschaftsrat (OEEC) die Empfehlung ausgesprochen, sich zum Initiator der hier erforderlichen Arbeiten zu machen. Im Rahmen der OEEC könnte diese Arbeit beispielsweise durch das bereits bei dieser Organisation bestehende und in geeigneter Weise zu erweiternde Komitee für überseeische Gebiete geleistet werden.

Im Hinblick auf die Bemühungen zur Schließung der europäischen Dollarlücke ist die Frage der künftigen Haltung der Vereinigten Staaten in allen Kommissionen ausführlich diskutiert worden. Nach reiflicher Ueberlegung entschloß man sich jedoch, lediglich einige Grundsätze im Abschnitt V der Resolutionen zu formulieren. Man verzichtete insbesondere auf einen besonderen Appell bezüglich der amerikanischen Zollpolitik und einer Fortsetzung der amerikanischen Wirtschaftshilfe an Europa, die den Uebergang der europäischen Währungen zur internationalen Konvertibilität erleichtern könnte. In klarer Erkenntnis des großen Einflusses der amerikanischen Wirtschaftskonjunktur auf die übrigen Volkswirtschaften forderte die Konferenz die Regierung der Vereinigten Staaten auf, eine Wirtschaftspolitik fortzusetzen, durch die außergewöhnliche Preis- und Konjunkturschwankungen vermieden werden.

Die Frage der internationalen Investitionen

Wie bereits einleitend dargestellt, schließt der Begriff der Konvertibilität auch die Freizügigkeit des Kapitalverkehrs mit ein. Die erstrebte Verwirklichung des Straßburg-Plans würde es erforderlich machen, daß private Investitionen überall ermöglicht und weitgehend gefördert werden. Für die Förderung ausreichender Investitionen empfiehlt die ELEC steuerpolitische Maßnahmen und regt an, daß nötigenfalls Garantien sowohl von den Regierungen der das Kapital ausführenden Länder als auch von den Regierungen der Kapital einführenden Länder zu stellen, um einen Schutz gegen bestimmte politische Risiken, wie beispielsweise Verstaatlichung zu gewährleisten. Außerdem müßten Maßnahmen getrof-

fen werden, welche die Möglichkeit einer Kapitalrückführung und den Transfer der Einnahmen aus den investierten Kapitalien zu für alle Beteiligten annehmbaren Bedingungen sicherstellen.

In der Schlußdebatte der Währungskonferenz kritisierte der Vertreter der Europäischen Bewegung, André Philip, daß in der Resolution nur von privaten internationalen Kapitalinvestitionen die Rede ist und nicht auch von staatlichen Kapitaltransaktionen. Die überwiegende Mehrheit der Teilnehmer vertrat jedoch den Standpunkt, daß die Frage privater Investitionen vordringlich sei und daß bei Investitionen seitens der Regierungen die Gefahr von Fehlleistungen beachtet werden müsse. Die Empfehlung der ELEC bezüglich des Kapitalverkehrs findet ihre Ergänzung in der Entschließung der Kommission 3, die folgendes vorschlägt⁷:

„Die kurzfristigen Kapitalbewegungen könnten in nachstehender Weise zum Zahlungsbilanzgleichgewicht beitragen: Die Gläubigerländer sollten ihre Staatsangehörigen zum Kauf von Wertpapieren in den Schuldnerländern ermächtigen, wobei die letzteren festlegen würden, welche Kategorien von Wertpapieren in Frage kommen. Außerdem hätten sie zu garantieren, daß die Erträge jederzeit und das Kapital unmittelbar in dem Zeitpunkt zurückgezahlt werden kann, zu dem die Devisenbilanz des betreffenden Landes dieses ermöglicht.“

In dem Einführungsbericht zu der Währungskonferenz war der Frage des Goldpreises als Mittel zur Schließung der Dollarlücke eine große Bedeutung beigemessen worden. Erstaunlicherweise wurde in diesem Bericht die Erhöhung des Goldpreises uneingeschränkt befürwortet. Auf der Währungskonferenz hat der britische Delegationsführer, *Beddington Behrens*, schon in seiner Eröffnungsansprache dieses Problem erneut aufgegriffen. Auf Wunsch der britischen Delegation wurde der Vorschlag der Goldpreiserhöhung dann in der 2. Kommission, die sich mit den Fragen der Dollarlücke beschäftigte, ausdrücklich diskutiert. Die britische Initiative in dieser Frage stieß bei den Delegierten der kontinentaleuropäischen Staaten auf keine Gegenliebe. Nach eingehenden Beratungen entschloß sich die Konferenz zu einer Formulierung, die nur allzu deutlich zeigt, daß sie es nicht für richtig hielt, diesen Vorschlag zu unterstützen⁸.

Stabile Wechselkurse

In allen Kommissionen bestand Uebereinstimmung darüber, daß eine gewisse Auflockerung der gebundenen Währungskurse erforderlich sei, um die Voraussetzungen für die Wiederherstellung der Konvertibilität der europäischen Währungen und eine weitest mögliche Liberalisierung des europäischen Handels zu gewährleisten. Dabei erscheint es wichtig, darauf hinzuweisen, daß die Beratungen der 3. Kommission, die sich mit der Europäischen Zahlungsunion befaßte, zu dem Ergebnis geführt hatte, daß von

dieser Kommission in erster Linie die Wiederherstellung realistischer Wechselkurse gefordert wurde. Die Kommission hat einstimmig festgestellt, „daß im Falle schwerwiegender wirtschaftlicher Gleichgewichtsstörungen eine Anpassung der Wechselkurse gebieterisch gefordert werden muß“⁹. Auf der Basis „so hergestellter realistischer Wechselkurse“ sollten nach Empfehlungen der Kommission die Mitgliedstaaten der Europäischen Zahlungsunion ermächtigt werden, ihren Währungen eine gewisse Flexibilität innerhalb einer Schwankungsgrenze von plus — minus — 5 vH zu geben.

Der endgültige Text der Schlußresolution läßt es offen, ob die realen Wechselkurse auf dem Wege über die Einführung einer beschränkten Flexibilität allmählich gewonnen werden sollten, das heißt, ob die Festlegung eines bestimmten Spielraumes vor allem dem Zweck dienen sollte, die tatsächliche Situation der einzelnen Währungen festzustellen oder ob die Ermöglichung einer solchen Schwankungsbreite vor allem dazu dienen sollte, die Aufrechterhaltung der Liberalisierung zu erleichtern und die eigenen Währungsreserven zu schonen. In den Diskussionen sind beide Gesichtspunkte gleichwertig vertreten worden. Außerdem wurde auch darauf hingewiesen, daß eine beschränkte Flexibilität den Ausgleich der Zahlungsbilanzen erleichtern kann, indem sie gegenläufige Tendenzen hervorruft. In der Diskussion über die Wechselkurse wurde die Notwendigkeit einer weitgehenden Liberalisierung des kurzfristigen Kapitalverkehrs besonders hervorgehoben. Für die Technik der Abrechnung bei fluktuierenden Kursen wurde vorgeschlagen, jeweils die Notierung des Abrechnungstages der Buchung zugrunde zu legen. Um die Kursschwankungen innerhalb der vorgeschlagenen Grenzen von plus — minus — 5 vH halten zu können, wurde eine enge Zusammenarbeit der europäischen Staaten auf dem Gebiete der Währungspolitik vorgeschlagen. Für den Fall, daß diese Grenzen trotz der vorgeschlagenen Zusammenarbeit der europäischen Regierungen und europäischen Notenbanken nicht eingehalten werden können, wird von der ELEC vorgeschlagen, nach gegenseitiger Beratung unter allen Beteiligten und mit Zustimmung des Internationalen Währungsfonds eine Aenderung der Kursparitäten vorzunehmen. Dieser dann erforderlich werdende Meinungsaustausch soll im Rahmen der EZU stattfinden und vor allem dem Zweck dienen, spekulative Währungsmanipulationen zu verhindern.

Maßnahmen für die Verbesserung der Wirksamkeit der EZU

Da die Wiederherstellung der freien Konvertibilität der europäischen Währungen von der ELEC als ein nur etappenweise zu verwirklichendes Endziel angesehen wird, hat sich die Währungskonferenz in

Brüssel ausführlich mit dem Problem beschäftigt, wie die Erreichung dieses Endzieles durch die Verbesserung des derzeitigen Systems der EZU gefördert werden könnte. Ueber die Einführung einer begrenzten Flexibilität der europäischen Währungen im Rahmen der EZU ist bereits berichtet worden. Zur Frage der Quoten, die für die einzelnen Länder bei der EZU festgelegt sind, hat die Währungskonferenz einmütig die Auffassung vertreten, daß es erforderlich sei, bei Kreditbeanspruchungen den Anteil der Goldzahlungen an die EZU auf mindesten 50 Prozent der jeweiligen Gesamtquote zu erhöhen. In dem Einführungsbericht¹⁰ wurde folgende Veränderung der Relation zwischen Kreditbeanspruchung und Goldzahlung gegenüber dem jetzigen Zustand vorgeschlagen:

	Kreditausnutzung		Goldzahlungen	
	derzeiti- ger Satz	vorgeschla- gener Satz	derzeiti- ger Satz	vorgeschla- gener Satz
1. Tranche 20	10	10	0	4
2. Tranche 20	10	8	2	8
3. Tranche 20		14	6	10
4. Tranche 20		12	8	12
5. Tranche 20		10	10	16
		6	4	
	100	60	50	40
			40	50

Trotz gewisser Bedenken hat sich die Währungskonferenz in ihrer Schlußresolution (Abschnitt VII Ziffer 2) zu der Empfehlung entschlossen, die Erhöhung des Goldanteils bei Kreditbeanspruchungen durchgehend in jedem Stadium der Inanspruchnahme der Quote auf 50 Prozent festzusetzen. Dadurch würde das Liquiditätsproblem der EZU gelöst werden. Andererseits vertrat man die Auffassung, daß bei einer absoluten geringen Verschuldung auch der 50prozentige Goldanteil so gering ist, daß er den Kredit beanspruchenden Ländern zugemutet werden kann und daß die Forderung nach weitestgehender Beibehaltung der Liberalisierung um so eher durchführbar ist, je weniger bei einer höheren Quotenausnutzung der Goldanteil progressiv ansteigt. Um durch die Veränderung der Goldrelation einzelne Länder nicht in große Schwierigkeiten geraten zu lassen, entschloß man sich zu der Empfehlung, die Bruttohöhe der Quoten generell um 20 Prozent heraufzusetzen, weil damit die Kreditfaszilitäten in ihren absoluten Beträgen unverändert bleiben.

Die Konferenz sah sich zu dieser Empfehlung vor allem auch deshalb veranlaßt, weil das Gesamtvolumen des Außenhandels innerhalb der Zahlungsunion von 26 Milliarden Dollar im Jahre 1950 auf 36 Milliarden Dollar im Jahre 1952 angestiegen ist. Diese Entwicklung würde eine nominelle Quotenerhöhung um 40 Prozent nahelegen. Die Empfehlung, die Kreditfaszilitäten in absoluter Höhe unverändert zu lassen und den Goldanteil zu erhöhen, bedeutet

fraglos eine Annäherung an den Zustand der Konvertibilität.

In gleichem Sinne sind auch die Vorschläge bezüglich der Maßnahmen bei einem Ueberschreiten der Quoten zu verstehen. Der ursprüngliche Wortlaut für diese Empfehlung war von der Kommission Nr. 3¹¹ wie folgt formuliert worden:

„Ueberschreitet ein Schuldnerland seine Quote, so hat es den Ueberschuß vollständig in Gold oder in Dollar abzudecken, wobei die EZU berechtigt ist, die Barzahlung auf 80 vH des Ueberschusses herabzusetzen unter der Bedingung, daß das betreffende Land den ihm vom Direktorium der EZU auferlegten Vorschriften nachkommt. Ueberschreitet ein Gläubigerland seine Quote, so werden ihm 80 Prozent des Ueberschusses von der EZU in Gold oder in Dollar ausgezahlt, wobei jedoch die EZU befugt ist, diese Zahlung auf 100 Prozent auszudehnen. Ist die EZU auf Grund ihrer Reserven nicht in der Lage, Zahlungen gemäß dieser Empfehlungen zu leisten, so werden die Zahlungen an die Gläubiger im Verhältnis zur Höhe der ihnen geschuldeten Beträge herabgesetzt. Diese Goldzahlungen der EZU und an die EZU sind kumulativ. Soweit die Länder dieses Gold zur Abdeckung von Defiziten in der Dollarzone verwenden müssen, kann die EZU entscheiden, daß diese an Gläubigerländer geleisteten Zahlungen nicht kumulativ sind. In diesem Falle könnte der in Gold zu zahlende Prozentsatz herabgesetzt werden.“

Es bestand unter den Delegierten kein Zweifel darüber, daß die kürzere Fassung in der Schlußresolution nur gewählt wurde, um die Resolution nicht mit technischen Einzelheiten zu belasten. Tatsächlich kann die hier zitierte Entschließung der 3. Kommission als Vorschlag der ELEC für die praktische Arbeit angesehen werden und sollte vom Direktorium der EZU aufgegriffen werden.

Der in Abschnitt VII Ziff. 4 der Resolution ausgesprochenen Empfehlung, das Betriebskapital der Europäischen Zahlungsunion zu erhöhen, liegt folgende Ueberlegung zugrunde: Wenn die Mitgliedstaaten bei Kreditbeanspruchungen im Rahmen der EZU eine Erhöhung der Goldzahlungen auf 50 Prozent beschließen, so stellen sie damit unter Beweis, daß sie gewillt sind, aus eigener Kraft die Reserven der EZU zu stärken. Auf dieser Basis sollten mit dem internationalen Währungsfonds Verhandlungen mit dem Ziele aufgenommen werden, daß der Fonds der EZU zur Erhöhung ihrer Reserven eine Anleihe zur Verfügung stellt. Die Notwendigkeit dieser Anleihe wird u. a. mit der Ungewißheit darüber begründet, ob die Vereinigten Staaten auch in Zukunft noch bereit sein werden, den strukturellen Schuldnern unter den Mitgliedstaaten der EZU (Oesterreich, Griechenland, Island, Türkei) eine außerordentliche Dollarhilfe zur Verfügung zu stellen.

Ein entscheidender Teil der Vorschläge zur Reform der EZU besteht in der Anregung der Währungskonferenz, die Suspendierung der Liberalisierung zu erschweren. Danach soll es den Mitgliedern der EZU

nur noch mit besonderer Genehmigung und auch dann nur für einen kurzfristigen Zeitraum und für den Fall, daß das Defizit drei Viertel der Quote übersteigt, gestattet werden, auf einen unter dem allgemeinen, in der OEEC beschlossenen Satz liegenden Prozentsatz der Liberalisierung zurückzugehen. In der Diskussion hierüber wurde vor allem darauf hingewiesen, daß die Genehmigung zur Deliberalisierung auch von einer Prüfung der Frage abhängig gemacht werden sollte, ob dem betreffenden Land eine Korrektur seines Währungskurses zugemutet werden kann.

Darüber hinaus wurde vorgeschlagen, die Voraussetzung zur Konvertibilität für die europäischen Länder dadurch zu verbessern, daß Anleihen und Kredite der Weltbank und der Regierung der Vereinigten Staaten an einzelne europäische Länder nicht unbedingt in effektiven US-Dollars direkt diesen Ländern, sondern teilweise über die Europäische Zahlungsunion zur Verfügung gestellt werden sollten, um damit bei dieser gewissermaßen einen Währungsstabilisierungsfonds zu bilden.

Besondere Zahlungsbilanzprobleme der Montanunion

Die Errichtung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl bewirkt die Freizügigkeit des Güterverkehrs zwischen den sechs Mitgliedstaaten der Montanunion, soweit dieser den Handel mit Kohle und Stahl betrifft. Unter dem gegenwärtigen Zahlungssystem könnten sich daraus für die Mitgliedstaaten dieser Gemeinschaft Gleichgewichtsstörungen ihrer Zahlungsbilanzen ergeben, denen die Regierungen durch Restriktionen beim Handel mit anderen Gütern begegnen müßten. Die Durchführung der vor-

geschlagenen Reformen der EZU erscheint deshalb der ELEC um so dringender. Die Währungskonferenz vertrat die Auffassung, daß eine auf wirtschaftliche Integration abzielende Politik nur dann Aussicht auf Erfolg haben könnte, wenn durch eine ausreichende Flexibilität der nationalen Währungen der beteiligten Staaten ein natürlicher Ausgleich gewährleistet wird, zumal dadurch der Zwang zur Deliberalisierung weitgehend gemildert wird.

Besonders beachtlich erscheint in diesem Zusammenhang der Hinweis der Währungskonferenz, daß in jedem Falle den möglichen Auswirkungen der Montanunion auf die dieser Gemeinschaft nicht angehörenden Mitgliedstaaten der EZU Rechnung getragen werden müsse. Damit hat die Währungskonferenz der ELEC eine deutliche Warnung ausgesprochen, über wirtschaftlichen Integrationsprojekten einiger Staaten nicht das Gesamtwohl aller westeuropäischen Länder zu vergessen.

Im Rahmen einer vor zahlreichen Gästen und der Presse stattfindenden Schlußsitzung sprach sich in Vertretung des abwesenden belgischen Ministerpräsidenten Finanzminister *Janssen* namens der belgischen Regierung für alle Vorschläge der Währungskonferenz aus. Anschließend begrüßte Bundeswirtschaftsminister Professor Dr. *Erhard* ebenfalls die Beschlüsse der Konferenz als wertvolle Vorschläge für die Wiedergewinnung der Konvertibilität und knüpfte daran die Forderung, daß die offiziellen und privaten Bemühungen zur schnellstmöglichen Erreichung der Konvertibilität vervielfacht werden sollten, wenn möglich noch rascher, als dies in der ELEC-Resolution zum Ausdruck gekommen ist.

Anmerkungen

¹⁾ Rapport introductif de la conférence monétaire de la L.E.C.E. (Bruxelles, les 29, 30 et 31 Janvier 1953), Publication No 13.

²⁾ Vgl. den Wortlaut der Resolution Abschnitt IV, S. 5541 dieser Folge.

³⁾ Vgl. den Wortlaut des amtlichen Communiqués in Folge 2/1953 des Europa-Archivs vom 20. Januar 1953, S. 5442.

⁴⁾ 1947 hatte Großbritannien vergeblich versucht, die freie Konvertibilität des britischen Pfundes wiederherzustellen. Da sich die britische Zahlungsbilanz damals in einer ausgesprochenen Defizit-Situation befand, hatte dieses Experiment zu einem Abfluß der britischen Reserven an konvertibler Währung, d. h. an US-Dollar, geführt und mußte nach kurzer Zeit rückgängig gemacht werden.

^{4a)} Vgl. jedoch die Ausführungen im *Economist* v. 28. Februar 1953 unter dem Titel „What Price Convertibility?“, welche eine künstliche Verknappung des Pfund Sterling — also britische Importrestriktionen über das bisherige Maß hinaus als unver-

meidliche Voraussetzung für die Sterlingkonvertibilität bezeichnen.

⁵⁾ Vgl. Council of Europe, Consultative Assembly 4th Ordinary Session (2nd part.) Texts adopted by the Assembly, page 22.

⁶⁾ Vgl. hierzu den Wortlaut der Empfehlung der Beratenden Versammlung des Europarates „Ueber die wirtschaftliche Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten und ihren überseeischen Gebieten (Straßburg-Plan)“ in Europa-Archiv 1/1953, S. 5406.

⁷⁾ Vgl. Ligue Européenne de Cooperation Economique, Doc. C.M. 17 VI.

⁸⁾ Vgl. Abschnitt VI der Resolution auf S. 5542 dieser Folge.

⁹⁾ Vgl. Ligue Européenne de Cooperation Economique, Doc. C.M. 17, Bruxelles, 30. I. 1953.

¹⁰⁾ Rapport introductif a. a. O. S. 43.

¹¹⁾ Dokument C.M. 17, Abschnitt II.

Der monetäre Wiederaufbau Europas und sein Beitrag zum wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt

Resolution der internationalen Währungskonferenz der Europäischen Liga für Wirtschaftliche
Zusammenarbeit in Brüssel am 29., 30. und 31. Januar 1953

Präambel

Durch die Einberufung einer Währungskonferenz in dem Augenblick, in welchem das kontinentale Europa die Pläne für seine politische Einigung vorbereitet, die Mitgliedstaaten des Europarates eine engere Koordinierung zwischen der Wirtschaft ihrer Länder und der Wirtschaft der ihnen verfassungsmäßig verbundenen Ueberseeländer prüfen und eine von neuen Ideen erfüllte neue Regierung in den Vereinigten Staaten von Amerika ihr Amt antritt, hat es die Europäische Liga für Wirtschaftliche Zusammenarbeit für notwendig gehalten, die Regierungen und die öffentliche Meinung auf die dringende Notwendigkeit aufmerksam zu machen, den europäischen Ländern Währungen wiederzugeben, die dieses Namens würdig sind.

Die Europäische Liga für Wirtschaftliche Zusammenarbeit widmet sich mit ihrer ganzen Tätigkeit der Aufgabe, die Bildung eines möglichst ausgedehnten gemeinsamen Marktes zu fördern, innerhalb dessen die Freizügigkeit der Personen, der Güter und des Kapitals gewährleistet ist. Wenn auch die Europäische Liga für Wirtschaftliche Zusammenarbeit die Bildung eines gemeinsamen Marktes für Kohle und Stahl innerhalb der sechs Unterzeichnerstaaten begrüßt, so wünscht sie doch zu unterstreichen, daß in ihren Augen die Bildung eines wahrhaft europäischen Marktes, der dem Handel mit allen freien Völkern der Welt so weit wie möglich offen steht, den Vorrang genießen sollte.

Im Hinblick auf diese Konferenz hat die Liga für Wirtschaftliche Zusammenarbeit einen vorbereitenden Bericht ausgearbeitet, der die Grundlage für die nun folgende Resolution darstellt. Entstanden aus den Diskussionen, die in vier Ausschüssen drei Tage lang von zahlreichen Vertretern der Wirtschaft, der Arbeitnehmer, der Wissenschaft und von Politikern geführt wurden, vermag diese Resolution keineswegs alle in dem genannten Bericht enthaltenen Vorschläge vollständig wiederzugeben. Um sich über die nachstehenden Empfehlungen Klarheit zu verschaffen, wird es daher für den Leser nützlich sein, diesen einführenden Bericht zur Hand zu nehmen.

Resolution

I. Zur Hebung des allgemeinen Lebensstandards und zur Verminderung der materiellen Not ist die Erhöhung der Arbeitsproduktivität unumgänglich notwendig, wozu eine möglichst weitgehende internationale Arbeitsteilung und damit ein freier internationaler Handel erforderlich sind.

II. Es gibt keinen freien Handel, solange der Zahlungsverkehr unter Kontrolle steht. Deshalb fordert die Liga

für Wirtschaftliche Zusammenarbeit von jedem Land, daß es sich zum Ziel setzt, nach Durchlaufen verschiedener Entwicklungsstadien zur freien Konvertierbarkeit der Währungen zu gelangen, d. h. zu Währungen, die es dem Besitzer jederzeit auf jedem Markt gestatten, jede gewünschte Ware oder Währung zum jeweils geltenden internationalen Preis zu kaufen.

III. Infolge der Meinungsverschiedenheiten, die um das Problem der Konvertierbarkeit der Währungen entstanden sind, hält es die Konferenz für angebracht, folgendes zu erklären:

— Indem die Konvertierbarkeit die Märkte erweitert, einen echten Wettbewerb gestattet und die Arbeitsteilung gewährleistet, trägt sie zur Erhöhung der Arbeitsleistung und zur Erweiterung der Auswahlmöglichkeiten für die Konsumenten bei. Sie bewirkt also eine Erhöhung des Lebensstandards.

— Die Konvertierbarkeit ist kein Hindernis für die Regierungen, eine miteinander abgestimmte Politik zur Milderung der zyklischen Schwankungen zu betreiben und die aus solchen Schwankungen eventuell entstandenen Schäden auszugleichen.

— Sie ist durchaus vereinbar mit Sicherungen, die einzuführen wären, und mit besonderen Ausgleichsmaßnahmen, die zugunsten der sozial und wirtschaftlich Geschädigten während der Anpassungsphase zu treffen wären.

IV. Die Europäische Liga für Wirtschaftliche Zusammenarbeit ist gerne bereit, zuzustimmen, daß bestimmte europäische Währungen, so insbesondere das englische Pfund, schneller auf dem Weg der Konvertierbarkeit fortschreiten als andere, vorausgesetzt jedoch, daß sie einen gleichlaufenden Fortschritt in der Liberalisierung des Handels gewährleisten. Die Wünsche der Liga richten sich aber auf eine weltweite Konvertierbarkeit auf allgemeinerer Basis, und es wird nicht verkannt, daß zur Erreichung dieses Zieles zunächst die Voraussetzungen ihrer Funktionsfähigkeit geschaffen und später aufrecht erhalten werden müssen.

Zu diesem Zweck gibt sie folgende Empfehlungen:

1. Es ist die Pflicht jedes Staates, die Sanierung seiner Währung zu fördern, indem er das Zahlungsmittelvolumen in ein rechtes Verhältnis zu seinem effektiven Leistungspotential bringt, was eine strenge Kontrolle der Zahlungsmittelmission und des Kreditvolumens sowie ein befriedigendes Gleichgewicht zwischen den Staatseinnahmen und -ausgaben voraussetzt, wobei einer angemessenen Aufteilung der im gemeinsamen Interesse zu tragenden militärischen Lasten auf die einzelnen Länder Rechnung zu tragen ist.

2. Alle Länder, insbesondere die Gläubigerländer, haben die Pflicht, die Einfuhrschranken jeglicher Art wie Zölle, quantitative Beschränkungen und alle verwaltungstechnischen restriktiven Maßnahmen abzubauen.

3. Zur Förderung der Ausfuhr und zur Verminderung der Abhängigkeit Europas von in Dollar zu zahlenden Waren und zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung der Ueberseeländer müssen Maßnahmen getroffen werden, durch welche die Produktion von Nahrungsmitteln und Rohstoffen in diesen Ländern erhöht werden kann. Es wird die Empfehlung an die OEEC ausgesprochen, vordringlich und eingehend die Maßnahmen zu prüfen, die diesem Ziel dienen.

4. Die privaten internationalen Investitionen sollten überall ermöglicht und weitgehend gefördert werden, vornehmlich durch eine entsprechende Steuerpolitik. Nötigenfalls sind Garantien sowohl von den Regierungen der das Kapital ausführenden Länder als auch von den Kapital einführenden Ländern zu stellen, so daß ein Schutz gegen bestimmte politische Risiken, so z. B. gegen Verstaatlichungen, gewährleistet ist und daß die Rückführung des Kapitals sowie der Transfer der daraus fließenden Einnahmen unter für alle Beteiligten als befriedigend geltenden Bedingungen gesichert ist.

5. Unter den bestehenden Umständen sollten die Wechselkurse flexibel gehalten werden: Eine Schwankung der offiziellen Paritäten bis zu 5 vH nach der einen oder anderen Seite sollte gestattet werden. Zu diesem Zweck wäre eine Anpassung der Abkommen von Bretton Woods ins Auge zu fassen. Der Devisenterminhandel sollte aufrechterhalten oder wiederhergestellt werden.

6. Zur Regelung der in vorstehendem Art. IV, Abs. 5 vorgesehenen Schwankungen müßten die Notenbanken oder ein Internationaler Stabilisierungsfonds über bedeutendere Währungsreserven verfügen können.

7. Um die Kursschwankungen innerhalb der in Art. IV, Abs. 5 vorgesehenen Grenzen halten zu können, sollten die Staaten unter Beibehaltung der vollen Verantwortung für ihre Währungspolitik auf der Ebene der Regierungen und Zentralbanken die engste Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Währungspolitik ins Leben rufen, die im Rahmen der bestehenden Einrichtungen erreicht werden kann.

8. Kann trotz dieser Zusammenarbeit die Konvertierbarkeit nicht innerhalb der in Art. IV, Abs. 5 vorgesehenen Grenzen gewährleistet werden, so wäre eine Aenderung der Paritäten selbst vorzunehmen, und zwar nach gegenseitiger Beratung unter allen Beteiligten und mit Zustimmung des Internationalen Währungsfonds.

9. Die den Ausfuhrländern in ihrer Gesamtheit so abträglichen Vorzugs-Währungskurse müßten so bald wie möglich abgeschafft werden.

V. Mit Rücksicht auf den großen Einfluß der amerikanischen Wirtschaftskonjunktur auf die Wirtschaftstätigkeit der anderen Länder ist es wichtig, daß die Regierung der Vereinigten Staaten eine Wirtschaftspolitik fortsetzt, die dazu angetan ist, außergewöhnliche Schwankungen der Preise und der Wirtschaftstätigkeit zu vermeiden.

VI. Einige der Delegierten wiesen darauf hin, daß die Heraufsetzung des offiziellen Goldpreises durch die Erhöhung der Produktion des zu monetären Zwecken verfügbaren Goldes und durch die Erhöhung des Kurswertes der Währungsreserven der EZU-Mitgliedstaaten einen

Beitrag zur Verminderung der Dollarlücke in den verschiedenen Währungsräumen leisten könnte. Hierbei wird vorausgesetzt, daß alles getan wird, um zu verhindern, daß diese Aufwertung inflatorische Auswirkungen nach sich zieht.

VII. Mehrere der vorgeschlagenen Reformen könnten schon jetzt im Rahmen der Europäischen Zahlungsunion zur Anwendung gelangen:

In diesem Zusammenhang werden folgende Anregungen gegeben:

1. Baldige Ermöglichung der Einführung flexibler Wechselkurse im Sinne des vorstehenden Artikels IV, wobei alle durch diesen Entschluß erforderlich werdenden Maßnahmen zu treffen wären.

2. Eine 20prozentige Erhöhung der EZU-Quoten der Mitgliedstaaten in Verbindung mit einer Erhöhung der Relation Gold/Kredite, die unabhängig von dem Ausnutzungsgrad der Quote auf 50/50 durchgehend festgesetzt werden sollte.

3. In dem Bestreben, den Voraussetzungen für eine allgemeine Konvertierbarkeit der Währungen näher zu kommen, wäre vorzusehen, daß jeder Zahlungsausgleich bei Ueberschreitung der Quoten sowohl an die Gläubigerländer als auch von den Schuldnerländern voll in Gold vorgenommen wird, wobei das EZU-Direktorium in Ausnahmefällen ein Abweichen von der strikten Anwendung dieser Regel gestatten könnte.

4. Erhöhung der EZU-Reserven und damit eine Erleichterung ihrer Funktionen mit Hilfe des Internationalen Währungsfonds.

5. Diese Maßnahmen und insbesondere die Einführung flexibler Wechselkurse würde die Liberalisierung des Handels zwischen den angeschlossenen Staaten erleichtern, und dann sollte es keinem Mitglied der EZU, dessen Defizit nicht drei Viertel seiner Quote übersteigt, mehr gestattet sein, einen unter dem allgemeinen von der OEEC empfohlenen Satz liegenden Prozentsatz seiner Liberalisierung beizubehalten, außer mit besonderer Genehmigung, deren Gültigkeit jedoch grundsätzlich nicht sechs Monate und in keinem Fall zwölf Monate überschreiten darf.

— Die europäische Wirtschaft könnte eine Stärkung erfahren, wenn ihr langfristige amerikanische Anleihen und Kredite der Weltbank jedenfalls teilweise über die EZU zur Verfügung gestellt würden.

6. Da kurzfristige Kapitalbewegungen zum Ausgleich der Zahlungsbilanzen beitragen können, wird bezüglich der weiter oben erwähnten Kapitalbewegungen insbesondere angeregt, daß Gläubigerstaaten den Ankauf von Wertpapieren und Aktien der Schuldnerländer durch ihre Staatsangehörigen fördern sollten, wobei die letztgenannten Länder die in Frage kommenden Wertpapierarten zu bestimmen hätten.

7. Aus Anlaß des Fortschrittes auf dem Wege zur Konvertibilität der europäischen Währungen, insbesondere des Pfund Sterling, unterstreicht die Liga die Notwendigkeit, daß die betreffenden Länder dabei der bisherigen Leistungen der EZU in dem Sinne voll bewußt bleiben sollen, daß mit der Erzielung solcher Fortschritte auf dem Währungsgebiet keine restriktiven Maßnahmen im Handel mit den übrigen EZU-Ländern zugelassen werden.

8. Es wird vorgeschlagen, die OEEC möge die Mittel und Wege prüfen, durch welche es den an die Währungs-

räume der EZU-Mitgliedstaaten angeschlossenen überseeischen Gebieten ermöglicht werden sollte, sich auch dem durch die OEEC eingeführten Liberalisierungssystem voll anschließen zu können.

VIII. Die Errichtung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl könnte Veränderungen im Umfang und in der Richtung des Handels mit Kohle und Stahl innerhalb der Gemeinschaft bewirken; unter dem gegenwärtigen Zahlungssystem könnten daher Gleichgewichtstörungen entstehen, denen die Regierungen nur durch Restriktionen auf dem Gebiete des Außenhandels mit anderen Gütern sowohl auf der Einfuhr- als auch auf der Ausfuhrseite begegnen könnten, die sie auf den Handel mit Kohle und Stahl nicht mehr anwenden dürfen.

— Die Einführung der vorgeschlagenen Reformen der EZU ist daher um so dringlicher, als ohne sie eine vollständigere Integration nur durch direkte Eingriffe in die Produktionsfaktoren und — ganz allgemein gesehen —

in die verschiedenen Wirtschaftsbereiche vorgenommen werden könnte. Wir vertreten dagegen die Ansicht, daß eine Integrationspolitik nur durch den einer ausreichenden Flexibilität der Währungen entspringenden, natürlichen Ausgleich zu Erfolg gelangen könnte.

— Es sei darüber hinaus erinnert, daß nach Art. 86 des Vertrages über die Bildung einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl die Regierungen der sechs Staaten verpflichtet sind, sich gegenseitig Hilfe zu leisten, eine Hilfe, deren Form und Bedingungen noch näher zu bestimmen ist.

— Selbstverständlich ist den möglichen Rückwirkungen der Tätigkeit der Montanunion auf die dieser Gemeinschaft nicht angeschlossenen Mitgliedstaaten der EZU Rechnung zu tragen.

Quelle: Europäische Liga für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Dokument C. M. 25. Brüssel, 31. Januar 1953.

Die Ergebnisse der Außenminister-Konferenz der Europäischen Gemeinschaft in Rom

Das Schlußkommuniqué vom 25. Februar 1953

Die sechs Außenminister der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft sind unter dem Vorsitz des belgischen Außenministers, Herrn van Zeeland, am 24. und 25. Februar 1953 in Rom zusammengetreten. Die sechs Minister haben zunächst die Frage der wirtschaftlichen Integration im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft auf der Grundlage der Vorschläge des Außenministers der Niederlande, Herrn Beyen, besprochen. Diese Vorschläge gehen von dem Grundsatz der Verantwortung der gesamten Gemeinschaft aus und wollen schrittweise als eines der wesentlichen Elemente eines gemeinsamen Marktes eine Zollunion schaffen.

Im Geiste der Entschließung von Luxemburg haben die sechs Minister erneut bekräftigt, daß der Fortschritt der Gemeinschaft der sechs Länder unauflöslich mit der Schaffung gemeinsamer Grundlagen für die wirtschaftliche Entwicklung und mit einer Verschmelzung der wesentlichen Interessen der Mitgliedstaaten zusammenhängt.

Die sechs Minister haben einstimmig anerkannt, daß eine umfassende wirtschaftliche Integration und insbesondere die Schaffung eines einheitlichen Marktes zur Entwicklung der Wirtschaft der Gemeinschaft und zur Verbesserung der Lebenshaltung der Bevölkerung beitragen würde und ein unerläßliches Ziel darstellt für die Länder, die unter sich die Errichtung einer Europäischen Politischen Gemeinschaft anstreben. Dieser Markt muß schrittweise geschaffen werden unter Berücksichtigung der Notwendigkeit, das wirtschaftliche Gleichgewicht aufrechtzuerhalten und tiefgreifende Störungen auf wirtschaftlichem oder sozialem Gebiet zu verhüten. Zu diesem Zweck können Sicherungsvorschriften sowie Ausgleichsmaßnahmen vorgesehen werden.

Die Minister haben beschlossen, unverzüglich und unter Mitwirkung von Sachverständigen die Prüfung der Maßnahmen in Angriff zu nehmen, die zur Durchführung vorstehender Grundsätze erforderlich sind.

Die Minister haben anschließend den Stand der Ratifikation des EVG-Vertrages geprüft und haben einstimmig ihre Ueberzeugung verkündet, daß, um ihren Willen zur Verwirklichung der Europäischen Idee konkret zu beweisen und um den Gefahren zu begegnen, die noch immer auf dem freien Europa lasten, es notwendig ist, ohne weiteren Verzug zur Verwirklichung der Europäischen Idee zu kommen.

Die Minister haben festgestellt, daß den Parlamenten aller Mitgliedstaaten der Entwurf des Vertrages über die Verteidigungsgemeinschaft vorgelegt worden ist, und haben bekräftigt, daß ihre Regierungen fest entschlossen sind, den Entwurf unter besonderem Hinweis auf seine äußerste Dringlichkeit vor den Parlamenten zu vertreten.

Die Minister haben von den Erörterungen Kenntnis genommen, die auf Grund der französischen Zusatzanträge in dem ständigen Interimsausschuß im Rahmen der diesem bei Unterzeichnung des Vertrages übertragenen Aufgaben stattgefunden haben.

Die Minister haben den Interimsausschuß ersucht, seine Arbeiten unter Berücksichtigung der für bestimmte Vertragschließende bestehenden überseeischen Aufgaben fortzusetzen und so bald wie möglich über Formulierungen zu entscheiden, die sich im Rahmen der Auslegung des Vertrages halten und das in verschiedenen Parlamenten bereits eingeleitete Verfahren nicht behindern.

Mitteilung über das deutsch-französische Saargespräch vom 26. Februar 1953

Das Auswärtige Amt gibt bekannt: Bundeskanzler Dr. Adenauer und Außenminister Bidault haben die Gelegenheit ihres Zusammentreffens auf der Außenministerkonferenz der Staaten der Montan-Gemeinschaft in Rom dazu benutzt, um miteinander über eine Verständigung in der Saarfrage eine erste Fühlung zu nehmen. Das Gespräch fand am 26. Februar 1953 in der Villa Madama statt und dauerte etwas mehr als eine Stunde. Der

Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Prof. Hallstein, nahm daran teil. In der Unterhaltung wurden die politischen und wirtschaftlichen Aspekte des Problems erörtert. Es wurde verabredet, daß das Gespräch bei den sich bald bietenden nächsten Gelegenheiten fortgesetzt werden soll.

Quelle: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Nr. 39 vom 27. Februar 1953.

Errichtung des gemeinsamen Marktes der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl

Kommuniqué der Hohen Behörde vom 10. Februar 1953

I.

Die Hohe Behörde hat den sechs Regierungen der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl mitgeteilt, daß der gemeinsame Markt für Kohle, Eisenerz und Schrott für Deutschland, Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande am 10. Februar errichtet wird, genau zu dem im Verträge festgesetzten Zeitpunkt. Sie hat ihnen ferner mitgeteilt, daß sie an diesem Tage die Befugnisse und Zuständigkeiten übernimmt, welche die sechs Regierungen bisher innehatten und die auf sie von den Parlamenten der sechs Länder gemäß dem Vertrag insbesondere auf dem Gebiete der Preise, der Produktion und Verteilung übertragen wurden.

Demgemäß hat die Hohe Behörde die sechs Regierungen ersucht, am 10. Februar die in den einzelnen Ländern bestehenden Bestimmungen über den Verkehr dieser Erzeugnisse zwischen den Ländern der Gemeinschaft aufzuheben, und zwar die Bestimmungen über

- die Zölle,
- die Ausfuhrabgaben,
- die mengenmäßigen Beschränkungen bei der Einfuhr der Erzeugnisse,
- die mengenmäßigen Beschränkungen bei der Ausfuhr der Erzeugnisse,
- die Beschränkungen für die Zuteilung von Devisen zum Ankauf der Erzeugnisse.

Von den Regierungen wurden entsprechende Anordnungen erlassen.

Am 10. Februar haben die Regierungen die Diskriminierung in den auf die Erzeugnisse der Gemeinschaft anwendbaren Transporttarifen zu beseitigen, deren Abschaffung von der Hohen Behörde auf Grund der Vorschläge eines von den Regierungen ernannten Ausschusses von Sachverständigen beantragt wurde.

Die Hohe Behörde hat die in dem Vertrag für belgische und italienische Kohle vorgeschriebene Einrichtung für die Ausgleichszahlungen eingesetzt und gleichzeitig die Bedingungen für die Veranlagung der Ausgleichsumlagen festgelegt.

Die am 31. Dezember erlassene Entscheidung über die Kohlenverteilung zwischen den Mitgliedstaaten für das erste Vierteljahr bleibt bis zum 31. März anwendbar.

Im Benehmen mit den Regierungen und zur Vermeidung von Störungen hat die Hohe Behörde soeben eine Entscheidung über die Schrottverteilung auf die Mitgliedstaaten erlassen, die für die Zeit vom 9. Februar bis 15. März gültig ist.

II.

Nach Anhörung des Beratenden Ausschusses und des Ministerrates wird die Hohe Behörde demnächst die Entscheidungen über die Öffentlichkeit der Preistafeln und Arten der Preisstellung für Kohle verkünden und Höchstpreise für Kohle festsetzen.

Nach erneuter Anhörung des Beratenden Ausschusses, dessen Einberufung heute veranlaßt worden ist, wird die Hohe Behörde Bestimmungen über die Diskriminierung, insbesondere über die indirekten Steuern für die Verkäufe auf dem gemeinsamen Markt, erlassen.

Bis zu dem Zeitpunkt, in dem die neuen gemäß diesen Entscheidungen aufgestellten Preistafeln Anwendung finden, bleiben die derzeitigen Regelungen in Kraft, unter der Bedingung, daß sie nicht im Widerspruch zu den Bestimmungen des Vertrages stehen.

III.

Vor dem Zeitpunkt, zu dem die neuen Preistafeln Anwendung finden werden, wird die Hohe Behörde Entscheidungen verkünden über die den einzelnen Ländern erteilten vorläufigen Ermächtigungen für gewisse Subventionen und Sonderlasten, für gewisse Zonenpreise und Einrichtungen für Ausgleichszahlungen sowie Entscheidungen über die tatsächliche Durchführung der Bestimmungen über die Ausgleichszahlungen für Kohle.

Quelle: Auszug aus dem *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl*, 2. Jahr, Nr. 1, vom 10. Februar 1953.

Kurzberichte und Zeittafel

Die Errichtung des gemeinsamen Marktes für Kohle, Erze und Schrott

Der gemeinsame europäische Markt für Kohle, Erze und Schrott im Rahmen der Montanunion wurde am 10. Februar 1953 errichtet. Die Errichtung des gemeinsamen Marktes bedeutet den Fortfall aller Zollschränken und administrativen Handelsbeschränkungen zwischen den Mitgliedstaaten der Montanunion für die genannten Güter. Die Hohe Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl hat eine Reihe von Maßnahmen getroffen, durch die wirtschaftliche Erschütterungen vermieden werden sollen und die den Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten den Übergang zum gemeinsamen Markt erleichtern sollen. Zu diesem Zweck wurde unter anderem beschlossen, mit Wirkung vom 1. März Höchstpreise für Kohle und ab 15. März Höchstpreise für Schrott einzuführen. Der Höchstpreis für Kohle soll als differenzierter Preis für die einzelnen Reviere und Kohlsorten festgesetzt werden. Die Hohe Behörde wird demnächst Listen dieser Höchstpreise veröffentlichen. (Vgl. den Wortlaut des Communiqués auf S. 5543 dieser Folge.)

Der Präsident der Hohen Behörde, Jean Monnet, erklärte hierzu am 10. Februar in einer Rundfunkansprache: „Seit heute morgen sind wir alle — Deutsche, Belgier, Franzosen, Niederländer, Italiener und Luxemburger — Europäer. Es wird weder deutsche Kohle noch französischen Stahl geben, sondern europäische Kohle und europäischen Stahl, die zwischen unseren Ländern frei verkehren werden wie in einem Land mit 155 Millionen Verbrauchern, das heißt, mit einer ebenso zahlreichen Bevölkerung wie die der Vereinigten Staaten oder der Sowjetunion.“

Anlässlich der Eröffnung des gemeinsamen Marktes verkündete die Internationale Ruhrbehörde in Brüssel nach dreieinhalbjähriger Tätigkeit auf ihrer letzten Sitzung am 10. Februar ihre Auflösung. Die noch verbleibenden verwaltungsmäßigen Arbeiten sollen bis zum 31. März 1953 beendet werden. Die Unterlagen der Internationalen Ruhrbehörde werden der Hohen Behörde übergeben. Die Auflösung erfolgt entsprechend dem Abkommen, das am 19. Oktober 1951 in Paris von den Signatarmächten des Ruhrstatuts unterzeichnet wurde (vgl. den Wortlaut in EA 2/1952, S. 4661).

Um die Voraussetzungen für die Errichtung des gemeinsamen Marktes zu schaffen, hatten zuvor Verhandlungen zwischen der Hohen Behörde und dem Europäischen Wirtschaftsrat (OEEC) stattgefunden, die am 7. Februar zu bindenden Vereinbarungen über die Beziehungen zwischen diesen beiden europäischen Organisationen geführt hatten. Danach werden sich die Mitgliedstaaten der Montanunion in bezug auf „Kohle und Stahl“ gegenüber dem Europäischen Wirtschaftsrat so verhalten, als ob sie durch ihre Mitgliedschaft bei der Montanunion Kollektivmitglied der OEEC wären. Um

einen engen Kontakt zwischen den beiden Organisationen sicherzustellen, wurde beschlossen, daß sich die Vertreter der Hohen Behörde an allen Beratungen des Europäischen Wirtschaftsrates beteiligen werden, die irgendwie mit den Fragen der Ein- und Ausfuhr von Montanprodukten zusammenhängen.

In der Vereinbarung wird ferner den sechs Mitgliedstaaten der Montanunion von der OEEC das Recht verliehen, ungeachtet der grundsätzlich weiter bestehenden Bindungen an die einschlägigen Artikel 3 und 7 zwar untereinander alle quantitativen Restriktionen für Kohle und Stahl aufzuheben, diese Beschränkung aber gegenüber den übrigen OEEC-Ländern beizubehalten oder gegebenenfalls unter Berufung auf Artikel 3 des Liberalisierungskodex wieder einzuführen.

Um das Verhältnis Großbritanniens zur EVG

Nach dem Besuch des amerikanischen Außenministers, John Foster Dulles, in Paris und London fanden vom 12. bis 14. Februar britisch-französische Besprechungen statt, zu denen der französische Ministerpräsident, René Mayer, sowie Außenminister Georges Bidault und Wirtschaftsminister Robert Buron nach London kamen. Ihr Hauptanliegen war, Großbritannien erneut um eine engere Zusammenarbeit mit der EVG zu ersuchen, um damit eines der Hindernisse für die Ratifizierung des EVG-Vertrages in der französischen Nationalversammlung aus dem Wege zu räumen (vgl. dazu Kurzbericht in EA 3/1953, S. 5484). Wenn dabei auch in Paris eine unmittelbare Teilnahme Großbritanniens an der EVG nicht in Erwägung gezogen wurde, so hoffte man doch wenigstens, die bereits gegebenen Zusagen militärischer Zusammenarbeit weiter konkretisieren und darüber hinaus auch das Versprechen weiterer Bindungen auf politischem Gebiet erhalten zu können. Zu dieser Frage hatte der britische Außenminister, Anthony Eden, bereits in seinen Besprechungen mit Außenminister Dulles Stellung genommen, indem er erklärte, daß Großbritannien „alles außer einem direkten Beitritt“ tun werde, um die EVG zu unterstützen. Weitere französische Anliegen waren die Koordinierung der Fernost-Politik und eine Lockerung der britischen Einfuhrbeschränkungen, um die schlechte Zahlungsbilanz Frankreichs gegenüber dem Sterling-Gebiet aufzubessern.

Das Communiqué über die Besprechungen ist in allen Punkten so allgemein gehalten, daß es zumindest zweifelhaft ist, ob die französischen Minister konkrete Zusagen erhielten. Zu der EVG-Frage wird zwar gesagt, daß volles Einverständnis über die führende Rolle bestehe, die Großbritannien und Frankreich bei der Verteidigung der freien Welt zufalle, und daß eine andauernde Unterstützung der EVG durch Großbritannien wesentlich sei, doch heißt es dann lediglich, die französische Regierung habe dazu „gewisse Gedanken“ vorgetragen, die von der

britischen Regierung geprüft werden mußten. Auch in den beiden anderen Fragen drückt sich das Kommuniqué sehr knapp aus: Die Probleme des Feldzuges in Indochina hätten „besondere Aufmerksamkeit“ gefunden, und die britischen Vertreter hätten versprochen, „Frankreichs Stellung bei der Prüfung von Anordnungen für die Einfuhr und anderer verwandter Probleme zu berücksichtigen“. (Vgl. den Wortlaut des Kommuniqués in *Neue Zürcher Zeitung* vom 15. Februar 1953, S. 2.)

Als Positivum wurde in Paris die Tatsache gewertet, daß im Kommuniqué ausdrücklich der Geist der Herzlichkeit und des gegenseitigen Verständnisses zitiert wurde, der die traditionelle Allianz zwischen den beiden Ländern auszeichne. In der Tat wiesen britische Zeitungen in ihren Kommentaren zu den Besprechungen darauf hin, daß das britische Volk unabhängig von seinen vertraglichen Bindungen, deren es im übrigen nicht weniger als fünf gebe (Westunion, OEEC, Europarat, Atlantikpakt, Beistandsvertrag mit der EVG), vor allem im Herzen von vornherein zur Verteidigung Europas entschlossen sei. Daß die britische Regierung durchaus in diesem Geiste zu handeln gedenkt, hat sie erst Anfang Februar durch ein Memorandum an den Interimsausschuß der EVG wieder unter Beweis gestellt, in dem sie detaillierte Vorschläge für die militärische Zusammenarbeit mit den Streitkräften der EVG machte. Darin hatte sie unter anderem den Austausch von Luftgeschwadern, die Koordinierung der Luftverteidigung, den Austausch von Stabsoffizieren und die Gestellung britischer Instrukteure und Ausbildungseinrichtungen für die Aufstellung und Ausbildung der EVG-Einheiten vorgeschlagen.

Die erste Tagung des Nordischen Rates

König *Frederik IX.* von Dänemark eröffnete am 13. Februar 1953 in Kopenhagen die erste Sitzung des Nordischen Rates. Dieses beratende Organ, das ähnlich dem Europarat nur Empfehlungen an die beteiligten Regierungen geben kann, setzt sich aus 53 Parlamentariern aus Dänemark (16), Norwegen (16), Schweden (16) und Island (5) zusammen. Seine Bildung wurde am 5. Dezember 1951 auf einer Parlamentarierkonferenz in Stockholm beschlossen und am 16. März 1952 von den Außenministern der vier Staaten gebilligt. Finnland hatte auf Grund seiner besonderen Lage nur die Entsendung von Beobachtern zugesagt, die jedoch zu der Sitzung nicht erschienen.

Das Abseitsstehen Finnlands war schon am Eröffnungstage Anlaß zu der Warnung, besonders von schwedischer Seite, keine einschneidenden Beschlüsse zu fassen, die Finnland gänzlich von dem Kreis der nordischen Staaten isolieren könnten. Allgemein ging aus den Eröffnungsreden hervor, daß von der Tätigkeit des Rates keine umwälzenden Neuerungen erwartet werden und daß die geplante Zusammenarbeit sich weniger auf politisches als auf wirtschaftliches Gebiet erstrecken soll. Der norwegische Delegationschef, *Einar Gerhardsen*, wies darauf hin, daß die verschiedenartige außenpolitische Konzeption der nordischen Länder als unabänderliche Tatsache hingenommen werden müsse.

Trotz dieser gedämpften Erwartungen leistete der Rat in seiner bis zum 21. Februar dauernden Sitzung ein beachtliches Arbeitspensum auf wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiet. Den Regierungen wurden Emp-

fehlungen zugeleitet über die Bildung einer nordischen Postunion, die Herausgabe einer nordischen Zeitschrift, eine Erweiterung der Zusammenarbeit im Gesundheitswesen, die Ausarbeitung einer nordischen Konvention über soziale Sicherheit und den Bau eines Tunnels durch den Oeresund. Außerdem wurde vom Rat empfohlen, daß der Nordische Wirtschaftsausschuß (ein Koordinierungsorgan der Regierungen) die Möglichkeiten engerer wirtschaftlicher Zusammenarbeit auf bestimmten Wirtschaftsgebieten untersuchen möge.

Die deutsch-ägyptischen Wirtschaftsverhandlungen in Kairo

Das am 10. September 1952 in Luxemburg unterzeichnete Wiedergutmachungsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel stieß in den Staaten der Arabischen Liga, die sich noch immer mit Israel im Kriegszustand befinden, auf schärfste Ablehnung. Vom 22. bis 30. Oktober weilte eine Delegation der Arabischen Liga in Bonn und protestierte im Namen aller arabischen Staaten gegen dieses Abkommen. Die Bundesregierung richtete ihrerseits am 9. November eine Note an die Arabische Liga und garantierte die Nichtlieferung von kriegswichtigem Material an Israel und den Ausbau der Handelsbeziehungen mit den arabischen Ländern. In einer Note vom 13. November drohte jedoch die ägyptische Regierung im Namen der Arabischen Liga mit dem Abbruch aller wirtschaftlichen Beziehungen zur Bundesrepublik, falls das deutsch-israelische Abkommen ratifiziert werde.

Am 1. Februar begab sich eine deutsche Wirtschaftsdelegation unter der Leitung des Staatssekretärs im Bundeswirtschaftsministerium, *Ludger Westrick*, nach Kairo, um mit der ägyptischen Regierung und Vertretern anderer arabischer Staaten Wirtschaftsbesprechungen zu führen und die durch den Abschluß des deutsch-israelischen Wiedergutmachungsabkommens angespannten Beziehungen zu klären. Der Besuch der anderen arabischen Länder war ebenfalls vorgesehen. Die deutsche Delegation unterbreitete ihre Vorschläge am 3. Februar. Diese Vorschläge sahen die langfristige Lieferung von Waren im Werte von 400 Millionen DM und die Unterstützung bei der wirtschaftlichen und industriellen Entwicklung Ägyptens vor. Ägypten forderte jedoch weit höhere Lieferungen und Leistungen, die als langfristige Kredite gewährt werden und von Ägypten größtenteils durch die Lieferung von Baumwolle getilgt werden sollten. Als Gegenleistung wollte Ägypten die anderen arabischen Staaten dazu bewegen, den argeordneten Wirtschaftsboykott nicht durchzuführen. Am 9. Februar erklärte Ministerpräsident *Naguib*, die deutschen Angebote seien unbefriedigend. Die Bundesrepublik solle das deutsch-israelische Wiedergutmachungsabkommen widerrufen oder den „angerichteten Schaden auf andere Weise beheben“. Die Verhandlungen wurden am 15. Februar ergebnislos beendet.

Eine Delegation aus der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands unter Führung des Hauptabteilungsleiters im Außenhandelsministerium der DDR, *Fritz Koch*, nahm am 10. Februar Verhandlungen mit der ägyptischen Regierung auf, die am 3. März zur Paraphierung eines Handelsabkommens führten. Die Gerüchte über den Abschluß eines militärischen Abkommens zwischen Ägypten und der DDR fanden dagegen keine offizielle Bestätigung.

Zeittafel vom 1. bis 15. Februar 1953

Die Ereignisse in Europa

Europäische Integration

- 2.—3. Besprechungen des Besonderen Ministerrates (Wirtschaftsminister) der Montanunion mit der Hohen Behörde über die Probleme der Bildung des gemeinsamen Marktes. Vom 3. bis 6. Februar befaßt sich der Beratende Ausschuß der Hohen Behörde mit den gleichen Fragen, und am 7. und 8. Februar finden erneute Beratungen mit dem Ministerrat statt.
3. Die Arbeitsgruppe des Verfassungsausschusses der ad hoc-Versammlung beendet ihre Arbeiten in Rom. Am 5. Februar nimmt der Verfassungsausschuß in Paris seine Arbeit wieder auf, am 14. Februar beginnt ein Redaktionskomitee mit der Ausarbeitung des Verfassungstextes.
6. In London wird der Inhalt eines einige Tage vorher dem Interimsausschuß der EVG übermittelten Memorandums veröffentlicht (vgl. Kurzbericht auf S. 5545).
7. Der Rat der OEEC beschließt, die Mitgliedstaaten der Montanunion in Zukunft bezüglich Kohle und Stahl als wirtschaftliche Einheit zu behandeln (vgl. Kurzbericht auf S. 5545).
- Die norwegische Regierung teilt der Hohen Behörde der Montanunion mit, daß sie eine Ständige Delegation bei ihr errichten wird.
8. Besuch des amerikanischen Außenministers, John Foster Dulles, bei der Hohen Behörde der Montanunion (vgl. USA).
10. Eröffnung des Gemeinsamen Marktes der Staaten der Montanunion für Kohle und Eisenerz (vgl. Kurzbericht auf S. 5545).
11. Die französische Regierung leitet dem Interimsausschuß der EVG die Texte der von ihr gewünschten Zusatzprotokolle zu.

Belgien

3. Die Regierung leitet dem Parlament den Vertrag über die Gründung der EVG zur Ratifizierung zu. Gleichzeitig übermittelt sie dem Parlament ein Gutachten des Staatsrates, in dem der Vertrag in einigen Punkten als verfassungsändernd bezeichnet ist.
7. Besuch des amerikanischen Außenministers, Dulles (vgl. USA).

Dänemark

8. Außenminister Ole Björn Kraft weist in einer Rede in Rønne auf Bornholm die Behauptung der Sowjetregierung in ihrer Note vom 29. Januar (vgl. Zeittafel in EA 4/1952) und des polnischen Außenministers in seinem Interview vom 5. Februar (vgl. Polen) zurück. Er betont, daß eine Verlegung ausländischer Truppen nach Bornholm nicht geplant sei und daß die Errichtung von NATO-Luftstützpunkten in Jütland ausschließlich der Verteidigung Dänemarks diene.
10. Das Folketing beginnt mit der Beratung der von der Regierung vorgeschlagenen Verfassungsreform.
13. Beginn der ersten Sitzung des Nordischen Rates in Kopenhagen (vgl. Kurzbericht auf S. 5546).

Deutschland

1. Auf einer Großkundgebung des Deutschen Bauernverbandes anläßlich der „Grünen Woche“ in Berlin behandelt Bundeskanzler Adenauer das Problem der Sowjetzonenflüchtlinge und erklärt, die Lösung dieses Problems sei eine Aufgabe des Westens. Die Flüchtlinge seien Vorposten des Westens gegenüber dem heranstürmenden Osten. Am 6. Februar erklären sich die Ministerpräsidenten der Bundesländer auf einer gemeinsamen Konferenz in Bonn zur Aufnahme von 30 000 Flüchtlingen monatlich bereit. Die Bundesregierung stellt weitere 90 Millionen DM für die Unterbringung der Flüchtlinge zur Verfügung. Am 10. Februar nimmt im Bundesvertriebenenministerium eine Zentralstelle für Sowjetzonenflüchtlinge unter der Leitung des Bundesbeauftragten für die innerdeutsche Umsiedlung, Peter Paul Nahm, die Arbeit auf. Am 13. Februar verabschiedet die Bundesregierung das Flüchtlingsnotleistungsgesetz.
2. Der Ministerrat der DDR beschließt die Errichtung einer Staatlichen Kommission für Handel und Versorgung, zu deren Vorsitzendem die Vorsitzende des Demokratischen Frauenbundes (DFD), Elli Schmidt, ernannt wird. Gleichzeitig gibt Ministerpräsident Grotewohl die Ernennung von Curt Wach (SED) zum Minister für Handel und Versorgung als Nachfolger des am 9. Dezember 1952 verhafteten Karl Hamann und von Gerhard Ziller (SED), Bernd Weinberger (SED) und Helmut Wunderlich (NDPD) zu Ministern der neugeschaffenen Ministerien für Schwermaschinenbau, für Transportmittel- und Landmaschinenbau und für Allgemeinen Maschinenbau bekannt.
3. Das Zentralkomitee der SED kritisiert in einem Beschluß die unproduktive Organisation der Arbeit und die Verschwendung öffentlicher Gelder in den Betrieben und Verwaltungen, in der Sozialversicherung und im Gesundheitswesen sowie andere Mißstände in der DDR. Die Werktätigen werden zu einem „allgemeinen Feldzug für die Durchsetzung des strengsten Sparsamkeitsregimes in Verwaltung und Wirtschaft“ aufgerufen. In seiner Haushaltsrede vor der Volkskammer am 4. Februar weist auch Ministerpräsident Grotewohl auf die Verschwendung in der Wirtschaft hin und fordert zur Sparsamkeit auf. Am 5. Februar billigen Volks- und Länderkammer einstimmig den Staatshaushaltsplan 1953, der Einnahmen in Höhe von 34.698 Milliarden DM und Ausgaben in Höhe von 34.688 Milliarden DM vorsieht.
- Aufruf des Hochkommissars der Vereinten Nationen für das Flüchtlingswesen zur Hilfe für die Sowjetzonenflüchtlinge.
- 3.—15. Deutsch-ägyptische Wirtschaftsverhandlungen in Kairo (vgl. Kurzbericht auf S. 5546).
4. Der Bundestag beschließt mit 188 gegen 144 Stimmen die Erhöhung des Bundesgrenzschutzes auf 20 000 Mann. Er beschließt ferner einstimmig, die Werbung

- für die Fremdenlegion mit einer Gefängnisstrafe von mindestens drei Monaten zu ahnden.
5. Die Regierung des Saarlandes ordnet die Auflösung des Industrieverbandes Bergbau an.
 - 5.—6. Besuch des amerikanischen Außenministers, *Dulles* (vgl. USA).
 6. Der Bundesrat lehnt mit 20 gegen 18 Stimmen den Regierungsentwurf über ein Bundeswahlgesetz ab und fordert die Regierung zur Vorlage eines neuen Entwurfs auf. Er beschließt einstimmig, daß das Bundeswahlgesetz der Zustimmung des Bundesrates bedarf. Am 13. Februar beschließt die Bundesregierung, den Entwurf ohne Rücksicht auf die Einwände des Bundesrates an den Bundestag weiterzuleiten.
 9. Französisch-saarländische Verhandlungen über die Revision der Saarkonventionen in Paris (vgl. Frankreich).
 10. Die Bundesregierung verbietet die neonazistische Organisation „Freikorps Deutschland“ und ordnet ihre Auflösung an. Mehrere Personen werden verhaftet. Amtsantritt des neuen amerikanischen Hohen Kommissars, *James B. Conant*. Am 12. Februar teilt Conant auf einer Pressekonferenz mit, daß die Vereinigten Staaten keine Geheimabkommen über die deutsche Ostgrenze geschlossen haben. Die endgültige Entscheidung über diese Frage müsse auf einer Friedenskonferenz erfolgen.
Auflösung der Internationalen Ruhrbehörde (vgl. Kurzbericht auf S. 5545).
 11. Die Bezirksleitung Ost-Berlin der SED kündigt in einem „Programm zur Ueberwindung der Spaltung Berlins“ neue Isolierungsmaßnahmen für den Fall der Ratifizierung der deutsch-alliierten Vertragswerke an.
 12. Die Alliierte Hohe Kommission teilt der Bundesregierung in einem Schreiben mit, sie hege Bedenken, die geplante Reform der Lohn- und Einkommensteuertarife könne sich ungünstig auf die Leistung des deutschen Beitrags zur europäischen Verteidigung auswirken. Am 15. Februar erklärt Bundesfinanzminister *Schäffer* in einer finanzpolitischen Rede vor der Industrie- und Handelskammer Essen, die vorgesehene Steuersenkung solle die Erweiterung der Wirtschaftskapazität ermöglichen. Die zukünftige Finanzpolitik des Bundes hänge weitgehend von der Ratifizierung der deutsch-alliierten Verträge ab, da bei Ablehnung derselben weit höhere Ausgaben entstehen könnten. Der von der Bundesregierung angebotene Beitrag zur EVG in Höhe von 9,01 Milliarden DM könne ohne Gefährdung der Währung trotz der Steuersenkung geleistet werden.
 13. Der SPD-Vorsitzende, *Erich Ollenhauer*, erklärt in einem Interview mit dem Nordwestdeutschen Rundfunk zu den französischen Vorschlägen für die Zusatzprotokolle zum EVG-Vertrag, sie bedeuteten eine einseitige Benachteiligung der Bundesregierung. Den Entwurf der Bundesregierung für ein neues Wahlgesetz lehnt er erneut ab.

Frankreich

- 1.—3. Besuch des amerikanischen Außenministers, *Dulles* (vgl. USA).
8. Der Ministerrat billigt die von Außenminister *Georges*

Bidault ausgearbeiteten Vorschläge für Zusatzprotokolle zum EVG-Vertrag. Am 11. Februar werden die Protokollentwürfe dem Interimsausschuß der EVG zugeleitet.

9. In Paris beginnen Verhandlungen über eine Revision der französisch-saarländischen Konventionen vom 3. März 1950. Außenminister *Georges Bidault* erklärt dazu, die französisch-saarländische Wirtschaftsunion werde auch weiterhin die Grundlage der französischen Saarpolitik bleiben.
- 12.—14. Britisch-französische Ministerbesprechungen in London (vgl. Kurzbericht auf S. 5545).
13. Urteil im Oradour-Prozeß: Gegen alle abwesenden Angeklagten wird die Todesstrafe verhängt, von den anwesenden Angeklagten werden ein Deutscher und ein Elsässer zum Tode, die übrigen zu Gefängnis- und Zwangsarbeitsstrafen verurteilt. Im Elsaß kommt es wegen der Verurteilung der zum Dienst in der SS gezwungenen Elsässer zu heftigen Protesten, an denen sich auch Abgeordnete, Bürgermeister und kirchliche Kreise beteiligen.

Großbritannien

3. Außenminister *Eden* gibt dem Unterhaus bekannt, daß die britische Regierung der amerikanischen Regierung am 31. Januar ihre Beunruhigung über die beabsichtigte Aufhebung der Neutralisierung Formosas zum Ausdruck gebracht habe. Am 5. Februar erklärt der Außenminister in der Debatte über die Lage im Fernen Osten, die britische Regierung sei zuversichtlich, daß mit der neuen amerikanischen Regierung eine enge Zusammenarbeit hergestellt werden könne, die wichtige außenpolitische Entscheidungen ohne vorherige Konsultation ausschließe.
- 3.—4. Besuch des amerikanischen Außenministers, *Dulles* (vgl. USA).
5. Veröffentlichung eines Weißbuches über die Ergebnisse der vom 1. bis 29. Januar in London abgehaltenen Konferenz über die Bildung der Zentralafrikanischen Föderation. In dem Verfassungsentwurf ist die Errichtung eines Bundesparlaments und einer Bundesregierung vorgesehen, die für Auswärtiges, Verteidigung, Einwanderung, Außenhandel, Währung, Verkehr, Post und Angelegenheiten der Europäer zuständig sein sollen. Die Angelegenheiten der afrikanischen Bevölkerung sollen in der Zuständigkeit der einzelnen Territorien verbleiben.
6. Wiederaufnahme von Verhandlungen der Außenministerstellvertreter der vier Mächte über den österreichischen Staatsvertrag. Nach zwei Sitzungen werden die Verhandlungen am 9. Februar wieder auf unbestimmte Zeit vertagt, nachdem der sowjetische Vertreter, *Andrej Gromyko*, den Verzicht der Westmächte auf den Kurzvertrag-Entwurf vom 13. März 1952 zur Bedingung gemacht hatte.
12. Britisch-ägyptisches Sudan-Abkommen (vgl. Ägypten).
- 12.—14. Britisch-französische Ministerbesprechungen in London (vgl. Kurzbericht auf S. 5545).

Italien

6. Ministerpräsident *Alcide de Gasperi* erklärt nach einer Geheimsitzung des Außenpolitischen Ausschusses der Kammer, die Regierung verfolge die Bemühungen um den Abschluß eines Balkanpaktes mit größter

Aufmerksamkeit, sie verstehe auch die Notwendigkeit eines solchen Verteidigungsbündnisses, sie sei jedoch zur Beteiligung selbst nur bereit, wenn die Italien und Jugoslawien trennenden Probleme vorher bereinigt würden.

Jugoslawien

- 4.—8. Besprechungen des griechischen Außenministers, Stephan *Stephanopoulos*, mit der jugoslawischen Regierung. Im Schlußkommuniqué wird die volle Uebereinstimmung der Ansichten beider Länder in Fragen der gemeinsamen Sicherheit betont. Außenminister *Stephanopoulos* erklärt in einer Pressekonferenz, daß die Grundzüge eines türkisch-griechisch-jugoslawischen Freundschaftspaktes nun ausgearbeitet seien.

Luxemburg

8. Besuch des amerikanischen Außenministers, *Dulles* (vgl. USA).

Niederlande

3. Die Regierung leitet dem Parlament den Vertrag über die Gründung der EVG zur Ratifizierung zu.
6. Besuch des amerikanischen Außenministers, *Dulles* (vgl. USA).

Oesterreich

9. Scheitern der Staatsvertragsverhandlungen in London (vgl. Großbritannien).
11. Außenminister *Gruber* nimmt in einem Interview zu den Staatsvertragsverhandlungen Stellung und erklärt, Oesterreich müsse die Verhandlungen zwischen den Großmächten auch dann noch zu fördern versuchen, wenn sie nicht gleich zu konkreten Ergebnissen führten. Oesterreich betrachte den Kurzvertragsvorschlag der Westmächte nicht als die einzig mögliche Lösung. Die kommenden Wahlen seien für den Staatsvertrag insofern wichtig, als nur bei stabilen Verhältnissen in Oesterreich Aussicht auf Einigung unter den Großmächten bestehe.

Polen

5. Außenminister *Stanislaw Skrzyszewski* protestiert in einem Interview mit der amtlichen Nachrichtenagentur PAP gegen die Errichtung von NATO-Stützpunkten in Dänemark, die er als eine aggressive

Handlung gegen die Sowjetunion und die Volksdemokratien bezeichnet.

10. Die Regierung erläßt ein Dekret über die Besetzung geistlicher Stellen, das bestimmt, daß geistliche Aemter in Zukunft nur noch von polnischen Staatsbürgern bekleidet werden dürfen. Die Ernennung geistlicher Würdenträger und die Schaffung neuer geistlicher Aemter bedürfen nach diesem Dekret der Zustimmung der zuständigen Staatsbehörden.

Schweden

4. In einer außenpolitischen Debatte im Reichstag betont Außenminister *Osten Undén* die Entschlossenheit der Regierung, an der bündnisfreien Außenpolitik festzuhalten. Er erklärt, im Falle einer Verwandlung des Europarates in ein europäisches Verteidigungsorgan könne Schweden kaum im Rat verbleiben. Diese Erklärung wird von den Sprechern der Opposition kritisiert und als Entmutigung für die Bestrebungen zur europäischen Einigung bezeichnet. Sie weisen darauf hin, daß die Bündnisfreiheit Schwedens nicht mit strikter Neutralität identisch sei.

Sowjetunion

12. In einer dem israelischen Botschafter überreichten Note erklärt die Sowjetregierung den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Israel (vgl. Israel).
13. Tod des Mitgliedes des Zentralkomitees der KPdSU, *Lew Mechlis*, der von 1940 bis 1950 Minister für die Staatskontrolle war.

Tschechoslowakei

2. Bekanntgabe einer umfassenden Regierungsumbildung: Es wird ein Regierungspräsidium geschaffen, dessen Aufgabe die Festlegung der Grundlinien der Politik und die Kontrolle der Tätigkeit der Ministerien ist. Ihm gehören neben Ministerpräsident *Antonin Zapotocky* die Stellvertretenden Ministerpräsidenten *Viliam Siroky*, *Zdenek Fierlinger* und *Wladimir Dolansky* an, ferner *Alexej Cepicka*, *Karel Bacilek*, *Vaclav Kopecky*, *Zdenek Nejedly*, *Antonin Novotny* und *Jindrich Uher*, die alle zu Stellvertretenden Ministerpräsidenten ernannt werden. Mit Ausnahme von *Cepicka* und *Bacilek* geben die Stellvertretenden Ministerpräsidenten ihre bisherigen Ressorts ab. Neuer Außenminister wird der Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei *Vaclav David*.

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

AFRIKA

Aegypten

- 2.—8. Besuch des italienischen Verteidigungsministers, *Randolfo Pacciardi*, in Kairo. Bei den Besprechungen mit der ägyptischen Regierung wird über eine Erweiterung der wirtschaftlichen Beziehungen und über italienische Hilfe bei den in Aegypten geplanten Reformen verhandelt.
3. Beginn von Wirtschaftsverhandlungen einer Delegation der Bundesrepublik Deutschland mit der ägyptischen Regierung. Die Verhandlungen werden am 15. Februar unterbrochen. Am 10. Februar trifft eine Delegation der Deutschen Demokratischen Republik in Kairo ein und nimmt ebenfalls Wirt-

schaftsverhandlungen auf. (Vgl. Kurzbericht auf S. 5546).

10. Die Regierung verkündet eine provisorische Verfassung. Darin wird bestimmt, daß während einer Uebergangszeit von drei Jahren Ministerpräsident *Mohammed Naguib* als „Oberkommandierender der Streitkräfte und Führer der Revolution“ die oberste Macht im Staate ausüben wird. Als provisorisches Parlament wird ein „Rat der Revolution“ gebildet, dem neben den Mitgliedern des Kabinetts dreizehn Offiziere der Armee angehören.
12. Nach mehrmonatigen Verhandlungen wird in Kairo das Abkommen zwischen Großbritannien und Aegypten über die Zukunft des Sudans unterzeichnet. Es

sieht die sofortige Einführung der Selbstverwaltung des Sudans mit eigenem Parlament und eigener Regierung vor. Der britische Generalgouverneur bleibt während der Periode der Selbstverwaltung Staatsoberhaupt; er ist für wichtige Entscheidungen einer internationalen Kommission verantwortlich. Das britische Verwaltungspersonal wird im Laufe von drei Jahren durch Sudanesen ersetzt. Nach drei Jahren soll der Sudan unter internationaler Kontrolle seine künftige Staatsform selbst bestimmen.

Anglo-ägyptischer Sudan

12. Unterzeichnung des britisch-ägyptischen Sudan-Abkommens (vgl. Ägypten).
14. Generalgouverneur Sir Robert Howe würdigt in einer Erklärung zum Sudan-Abkommen das staatsmännische Verhalten General *Naguibs*, der durch sein Abgehen von den unerfüllbaren Forderungen früherer ägyptischer Regierungen das Recht der Sudanesen auf Selbstbestimmung anerkannt habe.

AMERIKA

Vereinigte Staaten

- 1.—8. Außenminister John Foster Dulles und der Direktor der MSA, Harold Stassen, setzen ihre am 29. Januar begonnene Informationsreise durch Westeuropa fort. Nach ihrem Aufenthalt in Rom besuchen sie nacheinander Frankreich, Großbritannien, die Bundesrepublik Deutschland, die Niederlande, Belgien, Luxemburg und die Hohe Behörde der Montanunion. Am 9. Februar kehren sie nach Washington zurück und erstatten Präsident Eisenhower Bericht. (Vgl. hierzu den Beitrag auf S. 5519 dieser Folge.)
2. Botschaft Präsident *Eisenhowers* über die Lage der Nation (State of the Union Message) (vgl. hierzu den Beitrag in EA 4/1953, S. 5493).
6. Der Senat bestätigt den neuen Hohen Kommissar in Deutschland, James B. Conant, in seinem Amte. Präsident Eisenhower verfügt die Aufhebung sämtlicher Lohnkontrollen und eine weitgehende Einschränkung der Preiskontrollen.
9. Das Amt für Gemeinsame Sicherheit (MSA) beauftragt elf Untersuchungsgruppen, die Wirksamkeit

der amerikanischen Auslandhilfe in den Empfängerländern zu prüfen.

15. Außenminister Dulles erklärt vor dem Fernost-Unterausschuß des Senats, die Regierung werde keine entscheidenden Schritte im Fernen Osten unternehmen, ohne vorher den Kongreß und die verbündeten Mächte zu konsultieren. Eine Seeblockade der Chinesischen Volksrepublik sei vorläufig nicht geplant.

ASIEN

Chinesische Volksrepublik

4. Ministerpräsident *Tschu En-lai* erklärt vor dem Nationalkomitee der Politischen Konsultativkonferenz, die drei dringendsten Aufgaben des chinesischen Volkes seien die Mobilisierung des ganzen Landes für die Fortsetzung des Kampfes gegen die amerikanischen Imperialisten in Korea, die Ingangsetzung des Fünfjahrplanes und die Einsetzung einer zentralen parlamentarischen Körperschaft. Er fordert die neue amerikanische Regierung auf, die Waffenstillstandsverhandlungen in Korea wieder aufzunehmen; die chinesische Volksregierung sei bereit, auf der Grundlage der bisher vereinbarten Waffenstillstandsbedingungen sofort das Feuer einzustellen und die Frage der Kriegsgefangenen später zu regeln. Vor dem gleichen Gremium ruft Präsident Mao Tse-tung am 7. Februar zu verschärftem Kampf gegen die Amerikaner auf, da sie wilde Versuche machten, ihren Angriffskrieg in Ostasien auszuweiten.

Israel

9. Nach wiederholten Protestdemonstrationen gegen die Judenverfolgungen in der Sowjetunion wird ein Bombenanschlag auf die sowjetische Botschaft in Tel Aviv verübt. Die Sowjetregierung bricht daraufhin am 12. Februar die diplomatischen Beziehungen zu Israel ab. Der israelische Botschafter in Washington, Abba S. Eban, appelliert am 14. Februar an die Westmächte, ihre Solidarität mit Israel, das sich durch seine klare prowestliche Politik die Sowjetunion zum Feind gemacht habe, stärker als bisher zu bekunden.

Redaktioneller Hinweis

Dieser Folge liegt ein Prospekt „Jahrbuch der Welt 1953/54“ des Paul List Verlages, München, bei.

EUROPA-ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co) in Verbindung mit dem Institut für Europäische Politik und Wirtschaft, Hauptschriftleiter: Hermann Volle (HV)

Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: Walter Bödigheimer, Frankfurt; Dr. J. W. Brügel, London; Dr. Heinz Fischer-Wollpert, Frankfurt; Prof. Raymond-Jean Guizon, Paris; Dr. Walter Hofer, Berlin; Boris Meißner, Hamburg; Dr. Dietrich Mende, Frankfurt; Dr. Georg von Rauch, Marburg; Dipl.-Ing. Alexander Sieger, München; Joachim Willmann, Frankfurt.

Karte: Ilse Haucke, Frankfurt

Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Hauffstraße 5, Telefon 78 021

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers

Copyright: 1953 by Institut für Europäische Politik und Wirtschaft, Frankfurt a. M.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Schillerstraße 19.

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar durch den Europäischen Austauschdienst zu beziehen. Einzelpreis jeder Folge DM 2.50. Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 10.50 und bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 38.— zuzüglich Porto. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste. Für das Ausland gelten die Preise lt. Auslandsliste. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalschluß beim Europäischen Austauschdienst eingegangen sein.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst, Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Börse, Telefon 90181, App. 275.

Oesterreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12

Ausgabe für die Schweiz: Prometheus Druck GmbH, Hirzbodenweg 80, Basel